

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 27 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbriefe: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Neurath Präsidialkanzler?

Kaas gibt den Auftrag zurück — Heute Entscheidung Hindenburgs

Nachdem Prälat Kaas gestern dem Reichspräsidenten über das Ergebnis seiner Feststellungen berichtet hat, hatte der Reichspräsident eine Unterredung mit Herrn von Papen.

Man erwartet, daß an Stelle Papens Freiherr von Neurath, der bisherige Außenminister, zum Kanzler eines neuen Präsidialkabinetts ernannt wird.

Neurath wird heute nachmittag, von Genf kommend, in Berlin erwartet.

Kaas unterrichtet Hindenburg

Künftig wird mitgeteilt:

„Der Reichspräsident empfing am Freitagmorgen um 17 Uhr den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, der ihm über seine Besprechungen mit den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Koalition und Arbeitsmehrheit des Reichstages berichtete.

Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der genannten Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie, ebenso wie die Zentrumspartei, bereit seien, sich an Beratungen über ein sachliches Koalition- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen. Diese Frage ist von den Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden. Der Vorsitzende der Deutschnationalen

Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als in Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend nicht zugehört. Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärte, an sich entsprechen die Feststellungen der sachlichen Grundlagen für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Ueberzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis der sachlichen Beratungen seitens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, habe er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Herr Reichspräsident dankte dem Prälaten für seine Bemühungen.“

Entscheidende

Besprechungen bei Hindenburg

Am Freitag um 16 Uhr trat das geschäftsführende Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst ein Bericht über die Verhandlungen der letzten Tage entgegengenommen wurde. Dann wurden laufende Angelegenheiten beraten.

Papen hatte nach dem Empfang von Kaas eine Unterredung mit Hindenburg.

Am Sonnabendvormittag wird beim Reichspräsidenten eine interne Beratung über die neugeschaffene Lage stattfinden. Man erwartet noch für Sonnabend die Ernennung des neuen Reichskanzlers.

Neurath statt Papen?

Der amtliche Bericht über die Unterredung Hindenburgs mit Kaas schweigt sich darüber aus, ob der Zentrumsführer den Reichspräsidenten auch auf die Konsequenzen seines Vorschlags aufmerksam gemacht hat. Wir möchten es dennoch annehmen. Welcher Art diese Konsequenzen sind, liegt auf der Hand. Eine Regierung, die nach außen zwar als „Präsidialkabinett“ firmiert, aber im Volke durch ihre Zusammenarbeit mit dem Reichstag eine Stütze sucht, kann nicht mit, sondern nur ohne Herrn von Papen gebildet werden. Ein Mann wie Papen wird im Reichstag nie mehr als die Unterstützung der Deutschnationalen finden. Seine nochmalige Ernennung würde nur wieder zu dem Zustande führen, der schließlich den Rücktritt der Barone zur Folge hatte. Statt einer Entspannung wäre mit einer neuen Verschärfung der innenpolitischen Lage zu rechnen, deren Ende vorläufig nicht abzusehen ist. Darüber scheint sich neuerdings auch der Reichspräsident Rechenschaft abgelegt zu haben, und wenn wir richtig informiert sind, hat er Herrn von Papen bereits am Freitag von dieser Auffassung Kenntnis gegeben. Es hat deshalb gegenwärtig den Anschein, daß Herr von Papen trotz aller Register, die er in den letzten Tagen gezogen und aller Mienen, die er gegen Hitler und andere hat springen lassen, zum Leid der Deutschnationalen doch nicht wiederkehrt.

Wer in Zukunft der neue Mann des Präsidialen Vertrauens sein wird, soll sich erst am Sonnabend entscheiden. Man spricht von Neurath, der schon seit langem die Gunst des Reichspräsidenten genießt.

Präsidialkabinett?

Von Rudolf Breitscheid

Der diplomatische Notenwechsel zwischen dem Haus des Reichspräsidenten und dem Hauptquartier des Herrn Adolf Hitler verdient nicht nur unter dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen Regierungskrise und ihrer Lösung Beachtung, sondern er hat darüber hinaus auch eine grundsätzliche Bedeutung für die Behandlung sehr brennender staatsrechtlicher Probleme. Zum mindesten erfährt man aus ihm, welche Auslegung in der Umgebung des Reichspräsidenten gewissen Begriffen gegeben wird, die in der öffentlichen Diskussion dieser Zeit eine große Rolle spielen.

So enthält das vom 22. November datierte Schreiben des Staatssekretärs Meißner Untersuchungen — man kann sogar sagen recht spitzfindige Untersuchungen — über den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung. Sie sind zwar in erster Linie bestimmt, Herrn Hitler den Sinn des ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrags zu erläutern, aber sie stellen doch gleichzeitig den Versuch dar, einzelnen Bestimmungen der Weimarer Verfassung eine neue Auslegung zu geben.

Kenntzeichen einer parlamentarischen Regierung ist demnach die Tatsache, daß sie alle Machtvollkommenheiten ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit bezieht. Sie muß alle Befehlsentwürfe vor ihrem Inkrafttreten den parlamentarischen Körperschaften zur Genehmigung vorlegen und sie verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbar Einfluß hat.

Das Präsidialkabinett bezieht demgegenüber nach Meißner seine Machtvollkommenheiten in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanktionieren und Tolerieren. Der Führer des Präsidialkabinetts bedarf des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten. Das Kabinett muß überparteilich geführt und zusammengeführt sein, und es muß ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes überparteiliches Programm verfolgen. Es kann nicht von einem Parteiführer geleitet sein.

Dieser — nebenbei mit dehnbaren Banden wie „in erster Linie“ und „im allgemeinen“ arbeitenden — Definition eines Präsidialkabinetts wären zunächst die Verfassungsbestimmungen entgegenzuhalten, nach denen der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstages bedürfen und der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Die Verfassung kennt keine Regierung, die des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten bedarf, und keine, deren politische Richtlinien vom Reichspräsidenten bestimmt werden. Das Präsidialkabinett, wie es der Staatssekretär Meißner darstellt, ist also schon an und für sich eine Konstruktion, die mit den Grundlagen unseres staatlichen Lebens nichts mehr zu tun hat, und an deren verfassungsfremdem Charakter auch der Versuch, doch noch eine gewisse Verbindung zwischen Kabinett und Volksoberleitung herzustellen, nichts ändern kann. Denn ein Parlament, dessen Funktion auf Tolerieren und Sanktionieren beschränkt wird, führt höchstens noch ein Schattendasein. Und was geschieht endlich, wenn der Reichstag sich weigert, die ihm so gestellte Aufgabe zu erfüllen? Hierauf gibt der Meißner'sche Brief keine Antwort. Mit gutem Grunde, denn seine Auslegung folgerichtig weitergeführt, muß für diesen

Beginn des Reichstages Wahl des Präsidenten

Wenn der Reichstag am Dienstag, dem 6. Dezember, nachmittags unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Alterspräsidenten Lijmann zusammentritt, hat zunächst nur die formelle Feststellung seiner Beschlussfähigkeit zu erfolgen. Die Wahl des Präsidiums ist in der Regel erst in einer zweiten Sitzung vorgenommen worden, nur am 31. August schritt man zur sofortigen Wahl, weil dadurch eine vorzeitige Auflösung durch den Reichskanzler erschwert werden sollte.

Nach dem Grundgesetz, daß der Platz des Präsidiums der stärksten Partei gebührt, werden die Nationalsozialisten diesen stellen, und da der Streit zwischen Stöhr, dem Kandidaten der proletarischen Elemente, Fabricius, dem Kandidaten des Herrn Göbbels und Göring, dem Kandidaten der gesellschaftsfähigen Oberschicht durch Hitler zugunsten des Letzteren entschieden ist, dürfte dieser mit Hilfe des Zentrums gewählt werden. Die Deutschnationalen werden ihm allerdings ihre Stimme nicht mehr geben, da er ihren Parteifreund, den Vizepräsidenten Graef, vor versammeltem Hause vom Präsidentenstuhl aus in unqualifizierbarer Weise angegriffen hat. Dafür haben aber Nationalsozialisten und Zentrum beschlossen, ihrerseits Herrn Graef die Stimme nicht mehr zu geben, weil er bei dem Hindenburg-Beluch aus der Reihe tanzte und sich dieses „scharfen Schwertstreichs“ nachträglich noch rühmte. Die schwarz-braune Koalition sieht das Recht der Deutschnationalen auf einen Platz im Präsidium nicht an, ist aber nicht gewillt, Herrn Graef dabei zu dulden. Es dürfte also eine Menge unbeschriebener Zettel bei diesen Wahlgängen geben.

Eine positive Kandidatenaufstellung außer der von Göring ist bisher von keiner Fraktion erfolgt.

diesbezügliche Zeitungsmeldungen eilen den Tatsachen voraus. Sicher ist nur, daß die Kommunisten ihre bisherige, soeben noch in Sachsen geübte Taktik der Beibehaltung eigener Kandidaten auch bei den Stichwahlen wieder zu üben gedenken und dadurch dem Reichspräsidenten wieder zum Siege verhelfen werden.

Deutschnationaler Präsident Durch Kommunisten-Hilfe

Im Sächsischen Landtage wurde an Stelle des langjährigen bisherigen sozialdemokratischen Präsidenten Wedel der Deutschnationale Eckart mit 40 Stimmen der Rechten gegen 37 Stimmen ge-

wählt. Das Resultat kam nur zustande, weil die Kommunisten im zweiten Wahlgang ungültige Stimmen für ihren eigenen Kandidaten abgaben, obwohl ihnen die Parteilichkeit des Herrn Eckart aus früherer Präsidentschaft bekannt war. Sie erreichten durch ihre Taktik, daß ein reines Reichspräsidium gewählt wurde. Vizepräsidenten wurden ein Nationalsozialist und ein Wirtschaftsparteiler.

Alle diese bürgerlichen Herren waren den Kommunisten lieber als ein Sozialdemokrat.

So versteht die kommunistische Partei in Wirklichkeit die Einheitsfront gegen Reaktion und Faschismus! Wie in den Gemeinden, so hilft sie auch in den Landtagen durch ihre Taktik den Reaktionen vom reinsten Wasser! Das ist ihr Kampf gegen die Reaktion!

Lord Lytton läßt sich nicht einschüchtern

Außerordentliche

Völkerbundsversammlung soll über die Mandchurei entscheiden

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 25. November.

Ich heftigem Widerspruch des Vertreters von Japan hat Lord Lytton seinen Bericht über die Zustände im fernem Osten und über die Mandchinkrise aufrechterhalten.

Der Ratspräsident de Valera machte am Freitag den Vorschlag, die ganze Frage nunmehr einer außerordentlichen Völkerbundsvollversammlung zu überweisen, wobei der Rat das Recht behielte, sich jederzeit darüber auszusprechen. Zugleich ermahnte er die Parteien, nicht bei ihrer unversöhnlichen Haltung zu bleiben. Der

Völkerbund verdanke seine Existenz der tiefen Umwälzung der öffentlichen Meinung als Folge des Krieges. Es hieße diese öffentliche Meinung in völlig unzulässiger Weise provozieren, wenn man den Mechanismus der Erhaltung des Friedens nicht völlig ausnahmslos und wenn man sein Funktionieren behindern wolle durch mangelhafte Zusammenarbeit der interessierten Staaten.

Der Vertreter Chinas erklärte sich mit dem Ratsvorschlag einverstanden. Er fügte hinzu, jede Lösung sei unannehmbar, die die Mandchukuo als selbständigen Staat anerkenne. Der Vertreter Japans will nochmals die Meinung seiner Regierung einholen.

Koll zur völligen Ausschaltung der Volksvertretung führen.

Nun hat der Reichspräsident dem Führer der Nationalsozialisten am 19. November den Auftrag gegeben, eine parlamentarische Regierung zu bilden, das heißt also eine, die nach der Begriffsbestimmung seines Staatssekretärs ihre Machtvollkommenheit ausschließlich von einer parlamentarischen Mehrheit bezieht. Aber Herr v. Hindenburg hat diesen Auftrag mit gewissen Einschränkungen versehen. Er forderte nicht nur die Aufrechterhaltung des jetzt gewaltfam hergestellten Verhältnisses zwischen dem Reich und Preußen und den Verzicht auf eine Einschränkung des Artikels 48, sondern er nahm auch das Recht in Anspruch, Wehrminister und Außenminister auf Grund persönlicher Entscheidung zu ernennen. Mit anderen Worten: hier sollte ein neuer Kabinetstyp geschaffen werden, einer, der sozusagen zwischen präsidentieller und parlamentarischer Regierung steht.

Auch für eine solche Lösung fehlen ganz und gar die verfassungsmäßigen Grundlagen. Zwar beruft sich der Reichspräsident auf die Artikel 45 und 47, nach denen er das Reich völkerrechtlich vertritt und den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht führt, aber diese Rechte machen den Artikel 50 nicht unwirksam, in dem festgestellt wird, daß alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten — und, es wird ausdrücklich hinzugefügt, „auch solche auf dem Gebiete der Wehrmacht, der Grenzzeichen durch einen Minister bedürfen. Gäste der Grundsatz, daß der Mann an der Spitze des Reiches selbst für ein parlamentarisches Kabinett zwei seiner Minister nach eigenem Ermessen auszuwählen kann, so würden diese damit ihren Verpflichtungen gegen das Parlament entzogen. Die Gegenzeichnung wäre nur eine inhaltlose Formalität, da im Falle der Weigerung eines Ministers der Reichspräsident einen ihm genehmen Nachfolger ernennen könnte, ohne sich um die Stellung des Parlaments zu der vorliegenden Streitfrage zu kümmern. Ja, es wäre sogar vorstellbar, daß in Konsequenz des Hindenburgschen Anspruchs ein Präsident auf den Gedanken kommen könnte, sich auch das Vorrecht der selbständigen Ernennung anderer vom Parlament unabhängiger Minister anzumahnen, zum Beispiel des Justizministers mit Rücksicht auf sein Begnadigungsrecht und des Innenministers mit Rücksicht auf die Vollmachten, die ihm der Artikel 48 gibt.

Das sind alles in allem recht trübe Feststellungen über die Auslegungskünste, die von den Ratgebern des Herrn v. Hindenburg an der Reichsverfassung geübt werden. Wir sind weit gekommen in Deutschland, und welches auch immer die neue Regierung sein mag, der Weg zu dem von Hugenberg und einigen reaktionären Staatsrechtslehrern propagierten staatlichen Notstandsrecht ist nicht mehr lang. Das aber ist der Erfolg derer, die in kommunistischer und nationalsozialistischer Aufmachung alles getan haben, um die Demokratie zu unterminieren und um ihres Diktaturideals willen im Volk zu brechen. Sie können nicht ernst genommen werden, wenn sie, aus taktischen Gründen, wie jetzt Herr Hitler, mit noch so guten Argumenten für die Rechte des Volkes und seiner Vertretung gegenüber den Verfechtern besonderer Privilegien des Präsidenten eintreten. Sie ernten nur, was sie selbst gesät haben, aber leider werden die bitteren Früchte nicht ihnen allein, sondern der ganzen Nation geboten.

Verichtigung. In dem heute früh veröffentlichten Briefwechsel Reichner-Hilfer ist an einer Stelle ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. In dem ersten Briefe Reichners an Hilfer muß es unter Ziffer 5 heißen, daß Hilfer ein parlamentarischer Kabinettsminister mit Ermächtigungsgesetz für aussichtsreich (nicht aussichtslos) gehalten habe.

Verhaftung in Königsberg. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte das Auto des RSDAP-Gauleiters Koch und verhaftete den Chauffeur Philipp. Die Beschlagnahme und die Verhaftung sollen mit den Anschlüssen in Königsberg am 1. August in Zusammenhang stehen.

Achtung, Kreisleiter und Engerer Bezirksvorstand!

Heute Sonnabend vor dem Bezirksparteitag, um 15½ Uhr, wichtige Vorbesprechung aller Kreisleiter mit dem Engeren Bezirksvorstand im Zimmer 105 des Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Haupteingang.

Die Preußenregierung wird aktiv

Ein Erlaß an die Beamten über die Weiterführung der Geschäfte

Das preussische Staatsministerium (Regierung Braun) hat in seiner Sitzung vom 24. November 1932 Richtlinien über die Weiterführung der Geschäfte beschlossen, in denen einleitend festgestellt wird, daß nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs allein Ministerpräsident Dr. Braun und die preussische Staatsminister die preussische Staatsregierung, die preussische Landesregierung und das preussische Staatsministerium bilden. Es heißt dann in dem Erlaß u. a.:

Sitz des Staatsministeriums und des preussischen Ministerpräsidenten als Behörde ist, solange das Gebäude Wilhelmstraße 63 für das Staatsministerium nicht freigegeben ist, bis auf weiteres zufolge der Verordnung vom 18. November 1932 das Dienstgebäude Leipziger Straße 3.

Alle an das preussische Staatsministerium oder den preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Briefe sind unersöffnet dem Büro des Staatsministeriums, Leipziger Straße 3, zuzuleiten.

Wenn die Briefe nach ihrem Inhalt zur Zeit zur Zuständigkeit des Reichskommissars für das Land Preußen gehören, wird das Staatsministerium sie nach der Öffnung auf dem schnellsten Wege dorthin abgeben. Vertretender Beamter für den Ministerpräsidenten und das Staatsministerium als Behörde ist Ministerialdirektor Dr. Bredt, der in Vertretung zeichnet. Ihn vertreten bei Behinderung die Ministerialdirektoren Dr. Badi und Cohnmann.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Minister Dr. Steiger, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt, Dr. Klepper und Schirme ihren bisherigen Amtsitz behalten und durch die Staatssekretäre ihrer Ministerien in der üblichen Weise vertreten werden. Der Minister des Innern Dr. Seevering wird bis auf weiteres, soweit nichts anderes bestimmt wird, ebenso wie der Ministerpräsident vertreten.

Die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat wird in der bisher üblichen Weise durch den Ministerpräsidenten und die Staatsminister sowie in ihrer Vertretung durch die Hauptvollmächtigten zum Reichsrat ausgeübt. In Einzelfragen nach besonderer Verständigung durch die übrigen zuständigen Beamten.

Die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat wird in der bisher üblichen Weise durch die stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat ausgeübt. Stimmführender Bevollmächtigter Preußens zum Reichsrat ist Ministerialdirektor Dr. Bredt. Seine Vertreter der Stimmführung sind die Ministerialdirektoren

Dr. Badi und Cohnmann. Inwieweit Reichsratsfragen in weiterer Umfang als bisher zum Vortrag beim Minister zu bringen sind, regelt jeder Minister für seinen Geschäftsbereich. Die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Ministerialbeamten, die zu stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichsrat bestellt waren, behalten bis auf weiteres diese Vollmacht; in welchem Umfange sie zur Vertretung herangezogen werden, wird besonders bestimmt.

Die auf Stellen außerhalb der Ministerien versetzten früheren Ministerialbeamten verlieren die Eigenschaft als stellvertretender Bevollmächtigter zum Reichsrat, soweit nichts anderes bestimmt wird.

Die sonstige Vertretung des Landes Preußen gegenüber dem Reich geschieht, soweit sie nicht vom Ministerpräsidenten oder von den Staatsministern persönlich oder durch besondere Vertreter wahrgenommen wird, in der üblichen Weise durch die Staatssekretäre und Beamten der Ministerien im Namen des Staatsministers.

Alle Einladungen die an das preussische Staatsministerium oder die preussischen Ressortminister zu kommissarischen Besprechungen mit Reichsministerien ergehen, sind in diesem Sinne dienstlich zu behandeln, ebenso alle übrigen Schreiben, bei denen es sich um die Vertretung des Landes Preußen gegenüber dem Reich handelt. Die Befugnis der Kommissare des Reichs, auf Einladung Vertreter zu Besprechungen mit Reichsministerien auch ihrerseits zu entsenden, wird hierdurch nicht berührt. Doch steht den Vertretern insoweit nicht die Vertretung des Landes Preußen, sondern die Vertretung der Kommissare zu.

Nachdem noch im einzelnen die Vertretung der Staatsregierung gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat und den anderen Ländern geregelt ist, heißt es weiter:

Alle Beamten dürfen als Vertreter des Staatsministeriums, der Staatsregierung, des Ministerpräsidenten und eines Staatsministers gegenüber dem Reichstag, Reichsrat, Landtag und Staatsrat sowie in Vertretung des Landes Preußen gegenüber dem Reich und den anderen Ländern nur Ansichten vertreten, die den allgemeinen oder besonderen Anweisungen des Ministerpräsidenten oder der zuständigen Staatsminister entsprechen. In Zweifelsfällen haben sie sich durch Vortrag hierüber Gewißheit zu verschaffen.

Wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen der Staatsregierung und den Kommissaren des Reichs bestehen, kann über die Stellungnahme der Kommissare, soweit nicht besondere Anordnung erfolgt, sachliche Auskunft gegeben werden. Alle Beamten werden ausdrücklich darauf hin-

gewiesen, daß es ihnen nicht gestattet ist, namens der „Staatsregierung“ der „Landesregierung“, des „preussischen Ministerpräsidenten“ oder der „preussischen Staatsminister“ mündlich oder schriftlich Erklärungen abzugeben, die in Wirklichkeit in Vertretung der Kommissare des Reichs und nicht in Vertretung des Staatsministeriums oder der Staatsminister erfolgen. Es ist ihnen ferner nicht gestattet, in mündlichen oder schriftlichen Erklärungen von der „kommissarischen Staatsregierung“ zu sprechen, da nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs an die Stelle der Landesregierung auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden kann.

Schreiben des Ministerpräsidenten und der Staatsminister oder ihrer Vertreter an die Kommissare des Reichs erhalten folgende Anschrift: 1. an den Herrn Reichskommissar für das Land Preußen, Wilhelmstraße 63. 2. An den Herrn Kommissar des Reichs für den Geschäftsbereich des ... Ministeriums, Straße und Hausnummer des betreffenden Fachministeriums.

Diese Richtlinien sind von allen Beamten bei der Vertretung der Staatsregierung und der Bearbeitung von Angelegenheiten für die Staatsregierung zu beobachten.

In einer Anlage wird festgestellt, daß der Staatsgerichtshof nicht alle der Landesregierung verbliebenen Rechte ausdrücklich aufgezählt habe. Nach Auffassung der Staatsregierung gehören zu den unübertragbaren organisatorischen Rechten der Länder u. a. die Vorschriften der Reichsverfassung darüber, daß die ordentlichen Gerichte Landesgerichte sind.

Daraus und aus den Grundsätzen der Landeshoheit wird gefolgert, daß die von den Gerichten verhängten Strafen dem Begnadigungsrecht der Landesregierung unterliegen.

Die Staatsregierung, so heißt es in dem Erlaß, hält es zum mindesten für äußerst zweifelhaft, ob das Begnadigungsrecht auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 von den Zuständigkeiten des Landes abgetrennt und auf einen Reichskommissar gegen den Willen der Landesregierung übertragen werden kann, zumal über die Begnadigung Verträge mit anderen Ländern bestehen. Ferner gehört nach Ansicht der Staatsregierung zu den sechs unübertragbaren Befugnissen, die der Staatsgerichtshof ausdrücklich aufzählt, untrennbar auch die Befugnis, selbständig über die zur Ausübung dieser Befugnisse erforderlichen Hilfsmittel persönlicher und sachlicher Art zu verfügen.

Mit diesem Erlaß nimmt die preussische Staatsregierung alle Rechte in Anspruch, die ihr nach dem Leipziger Urteil zustehen.

Lügen gegen das Reichsbanner

Erfindungen der Papen-Presse

Seit kurzem bemüht sich die nationalsozialistische Presse, über das Reichsbanner die ungeheuerlichsten Lügen systematisch zu verbreiten. In diesem Handwerk betätigt sich besonders die „Berliner Börsenzeitung“, die in ihrer Donnerstag-Ausgabe unter der Überschrift „Zusammenbruch des Reichsbanners“ einen geradezu ungeheuerlichen Schwindel verzapft. Hierzu teilt die Bundespressekammer des Reichsbanners mit:

Die „Börsenzeitung“ läßt, daß es anläßlich der kürzlichen Bundeskonferenz des Reichsbanners in Bremen zu einem Konflikt zwischen Hiltnermann und dem Parteivorstand der SPD. gekommen sei. In Wirklichkeit ist es gerade auf dieser Konferenz, an der der Vorsitzende der SPD., der Reichstagsabgeordnete Weis, und führende Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterportiervereine, zu einem erneuten Bekenntnis des Zusammengehens auf einem gemeinsamen Wege gekommen.

Anwahr ist weiterhin die Behauptung der „Börsenzeitung“, daß der sozialdemokratische Parteivorstand in Bremen eine Erklärung „gegen das militaristische Reichsbanner“ in der „Bremer Volkszeitung“ veröffentlicht habe und außerdem ostentativ den mehrsprachigen Vorführungen des Bremer Reichsbanners ferngeblieben sei. Die „Bremer Volkszeitung“ hat eine solche Erklärung nicht veröffentlicht.

Ebenso geschwindelt ist es, daß der Bundesführer Hiltnermann beim Verabschieden von einer „Ehrentrojanen“ ausgepöfft worden sei. Bundesführer Hiltnermann ist nicht nach Schluß des Treffens abgefahren, sondern erst am Dienstagabend. Er begab sich in Begleitung des Gauleiters zum Bahnhof, wo eine „Ehrentrojanen“ nicht vorhanden war.

Ferner wird behauptet, daß zwischen dem Reichsbanner und der SPD. dadurch ein Konflikt entstanden sei, daß der Bundesführer Hiltnermann sich für Arbeitsdienstpflicht einsetze. Tatsache ist, daß das Reichsbanner — ebenso wie die Mehrzahl der am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligten Organisationen — die Arbeitsdienstpflicht als eine absolut unsinnige Angelegenheit aufs entschiedenste

bekämpft. sich dagegen in Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Organisationen in der Arbeitsgemeinschaft des „Sozialen Dienstes“ führend am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligt. Auch die weitere Behauptung, daß es in einem Arbeitslager des Reichsbanners in Lüneburg zu einer Rebellion gekommen sei, ist erlogen. Es ist lediglich etwas davon bekannt geworden, daß vor kurzem in einem Arbeitslager

Strafkunder Strafanträge für den Schutz des Negaster Kinderheims

Strafk. 25. November.

Im Negaster Prozeß beantragte der Oberstaatsanwalt am Freitag gegen die Angeklagten — fast ausschließlich Mitglieder der Eisernen Front — 77 Monate Gefängnis. Die höchste Strafe wurde für den Landarbeiterführer Lotzper mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis beantragt, während sich die übrigen Strafanträge zwischen 4 und 10 Monaten Gefängnis bewegen. Das Urteil ist im Laufe des Sonnabends zu erwarten.

Krise in Baden

Karlsruhe, 25. November.

Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der badischen Zentrumspartei hielten heute eine Sitzung ab und faßten folgenden Beschluß: Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumspartei kamen nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluß: daß eine Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitages, auf Grund deren die sozialdemokratische Fraktion

im Bünaburgischen eine Gruppe Stahlhelmer rebellisch geworden ist.

Genau so aus der Luft gegriffen ist die Behauptung, daß im Jungbanner eine „Rebellion“ ausgebrochen sei.

Der „Börsenzeitung“ und ihrem nationalsozialistischen Presseanhang sei nur gesagt: von einem Zusammenbruch des Reichsbanners kann keine Rede sein. Wer die Geschlossenheit der Bremer Bundeskonferenz miterlebt und die begeisterte Zustimmung zu den neuen Organisationsplänen, die der Bundesführer Hiltnermann dort entwickelte, gehört hat, der weiß, daß das Reichsbanner sich gerade jetzt in einem Abschnitt neuer Entwicklung und entschlossenen Vormarsches befindet!

gegenüber dem Konkordat von der Stimmenhaltung zur Ablehnung übergehen würde, als schwerster Verstoß gegen Treu und Glauben und die politische Moral, als Zertrümmerung der Koalitionsgrundlagen und damit als Auflösung der derzeit bestehenden Regierungskoalition zu betrachten sei.

Diese ganz ungerechtfertigten Angriffe werden gewiß nicht die Wirkung haben, den außerordentlichen Parteitag der badischen Sozialdemokratie am morgigen Sonntag im Sinne des Zentrums umzustimmen.

Kommunistenverfolgungen. Wegen Streikagitacion im Kohlenbergbau wurde im Prager Kommunistenhaus stundenlang gehäuselt und allerhand Material mitgenommen, besonders über die „Solidarität“, Erschweren für die aufgelöste Uf. — In Bulgarien, wo die Kommunisten leihweise die Mehrheit im Gemeindepalament der Hauptstadt erobert haben, sind zehn K. B. Abgeordnete verhaftet worden. Begründung: Staatschutzgesetz! Die anderen 21 Abgeordneten sollen bald folgen. — In Tokio wollte die Polizei aus der Ausstellung „Proletarische Kunst“ 160 Bilder entfernen. Auf Widerstand leistende wurde eingeschlagen und die Ausstellung geschlossen.

Reichsminister Dr. Bracht verabschiedete sich von der Essener Beamtenschaft.

Abrechnung mit den Kommissaren!

Anklagerede des Genossen Hamburger gegen das Regime Papen-Bracht

Der Preussische Landtag legte am Freitag die Aussprache über die Verfassungsstreitigkeiten fort.

Abg. Kasper (Komm.) erklärt: Das politische Barometer sieht augenblicklich auf Sturm. Die Reichskommissare misshandeln sämtliche Urteile und auch Parlamentsbeschlüsse. Die Kommunisten verlangen daher, daß der Landtag von sich aus die Besetzung zum Steuerstreik und Boykott gegen die faschistischen Kommissare aufrufe. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Dr. Hamburger (Soz.)

Der Gewaltstreik des 20. Juli hat nicht nur die Regierung, sondern auch den Landtag weitgehend seiner Rechte beraubt. Ein solcher Staatsstreik gegen das Parlament ist erst von dem Augenblick an möglich geworden, seit Nationalsozialisten und Kommunisten die Mehrheit hier haben. (Widerpruch bei den Komm.) Das Urteil des Staatsgerichtshofs geht von dem fundamentalen Irrtum aus, daß die Kommissarsregierung irgendwelche Achtung vor dem Recht hätte. Wie irrig diese Annahme des Staatsgerichtshofs ist, haben die Mitteilungen des Abg. Hintler im Hauptauschuss gezeigt:

er ist zusammen mit dem Präsidenten Kerri bei Bracht gewesen und hat ihn gefragt, warum denn die Kommissare überhaupt vor den Staatsgerichtshof gegangen wären, wenn sie das Urteil nicht durchführen wollten. Herr Bracht hat erwidert: Wir haben eben geglaubt, in vollem Umfange Recht zu bekommen. Hätten wir gewußt, daß das nicht geschieht, wären wir gar nicht erst vor den Staatsgerichtshof gegangen. (Lebhafte Hört, Hört! und große Bewegung.)

Wir wollen den Rechtsgedanken wieder zum Siege verhelfen, indem wir die Macht der Arbeiterklasse wieder herstellen. (Zuruf bei den Komm.: Wie wollt ihr das denn machen?) Die Zerschlagung der kommunistisch-nationalsozialistischen Mehrheit ist die Voraussetzung der Wiederherstellung der Demokratie! (Sehr gut! bei den Soz.)

Die gegenwärtige autoritäre Regierung hat die höchste Autorität, die Autorität des Rechts und des Rechtsgedankens vernichtet. Sie hat öffentlich und im Rundfunk die schmerzten Vorwürfe gegen die preussische Regierung und hohe preussische Beamte erhoben. Sie hat, nachdem der Staatsgerichtshof diese Vorwürfe als unbegründet erwiesen hat, nichts zurückgenommen, und der rufschandige Kanzler hat es nicht für notwendig gehalten, den beleidigten und geschmähten Beamten irgendeine Genugtuung zu geben. (Zuruf: Schrauffassung des Herrenklubs!) Damit ist Herr von Papen tiefer in die Niederungen des von ihm so verachteten Parteiwesens hineingefallen als irgendein Kanzler vor ihm! Seine Methode grandioser Beschuldigungen und Verleumdungen im Rundfunk ist allerdings etwas grundlegend Neues in der deutschen Staatsführung gewesen.

Dabei kann man beim besten Willen nicht erkennen, was die Herren der neuen Staatsführung berechtigt, sich so über ihre Vorgänger in der Regierung zu erheben.

Herr von Papen hat in diesem Hause als Zentrumsgesandter unzählige Male dem Kabinett Braun das Vertrauen votiert, Herr Brand war der Vertrauensmann Brüning, Herr Bracht hoher Beamter im Preussischen Wirtschaftsministerium und der Reichsfinanzminister und Herr Popik noch vor zwei Jahren die rechte Hand des Reichsfinanzministers Dr. H. Brüning. (Große Heiterkeit.)

Erst bei dem politischen Konjunkturwechsel haben diese hohen Würdenträger verstanden, was sie vorher angebetet haben. Aber wir Sozialdemokraten haben für derartige Konjunkturritterleinertei Achtung übrig! (Lebhafte Zustimmung.)

Gegen das System der Reichskommissare tritt jetzt auch die RSDAP als Ankläger auf. Aber die Nationalsozialisten hier im Hause und ihr Präsident Kerri haben nicht nur die Reichsregierung gegen Preußen herbeigeführt, sie haben sogar den abgelehnten Ministern das Recht bestritten, vor dem Staatsgerichtshof zu klagen. Alle Übergriffe der Reichskommissare sind im „Angriff“ und im „Wörtlichen Beobachter“ gefeiert und bejubelt worden. Gemeinsam mit Herrn Bracht hat Herr Präsident Kerri in einer Versammlung vor den preussischen Volksgelehrten gerühmt, daß endlich die Parteipolitik zum Teufel gejagt und an ihre Stelle eine schaffende Staatspolitik gesetzt sei. (Lebhafte Hört, Hört!) Wenn nachher die Nationalsozialisten, weil die Reichskommissare nicht in allem ihren Willen getan haben, deren Vorgehen als rechtswidrig angeprangert haben, so haben sie eine ganz besondere Reaktivitätstheorie des Rechts. (Heiterkeit.)

Aber wie will überhaupt die Nationalsozialistische Partei für Rechte des Parlaments kämpfen, da Herr Hitler doch in seinem Buche „Mein Kampf“ bezeugt, daß der Reichstag 1914 nicht mit Waffengewalt auseinandergejagt worden sei. (Hört, Hört!)

Die Nationalsozialisten begeistern sich für das Parlament nur, solange sie mit seiner Hilfe Machtzuwachs erhoffen. Am 9. November 1923 wollte Hitler auf dem Wege der Gewalt die Staatsmacht erobern. Es ist ihm nicht gelungen. Am 13. August d. J. hat Adolf Hitler an der Spitze von 14 Millionen Wählern mit 230 Reichstagsabgeordneten und einer gewaltigen außerparlamentarischen Macht nach zehntägigen Terroratzen großen Umfangs vom Reichspräsidenten die Übertragung der gesamten Staatsmacht gefordert. Er ist abgewiesen worden. Er hat dagegen nichts unternommen, weil, wie der „Schlesische Beobachter“ am 19. November auszusprechen Reichswehr und Polizei nicht zu überwinden wären. (Hört, Hört!) Am 24. November standen hinter Herrn Hitler keine 12 Millionen Wähler mehr. Jetzt suchte er durch

neue Methoden diplomatischen Notenwechsels die Macht zu erlangen. (Heiterkeit.) Mit allen Feinheiten klassischer Philologie und ziviler Jurisprudenz hat Herr Hitler den Reichspräsidenten zu überzeugen gesucht, daß er ihm die Staatsgewalt übertragen müsse. Der Reichspräsident hat unter Hinweis auf seinen Verfassungseid abgelehnt. Damit hat die NSDAP alle Möglichkeiten der Legalität und Illegalität, der Forderung und der Bitte, des Angebots und der Verhandlung erschöpft. Was kann sie jetzt noch unternehmen? Sie tann auf die Dummheit eines großen Kommunistenputzsches warten. Aber die Arbeiterklasse wird künftig ebensowenig wie am 20. Juli den Nationalsozialisten die Chance geben, sich als Staatsterroristen des Staats zu demächtigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Ein Stützpunkt nach diesen neun Jahren fest: Deutschland wird nicht faschistisch! (Stürmischer Beifall bei den Soz.) Adolf Hitler und der Nationalsozialismus gelangen in Deutschland niemals zur Macht. (Erneuter Beifall.) Der Weg vom Kaiserhof zur Reichskanzlei dauert zwei Minuten: Herr Hitler wird ihn in aller Eile zurücklegen. (Lebhafte Beifall und große Bewegung: große Unruhe bei den Nazis.)

Während der Verhandlung über die Regierungsbildung ist Herr Hitler einmal in die Oper gegangen, er hat die Meisterfingerringe gehört. Er hätte sich lieber vor dem 13. August den Sommerstraßenraum ansehen sollen und vor dem 24. November das Wintermärchen. (Schallende Heiterkeit.) Denn an diesem Tage ist das Märchen des Dritten Reichs zertrübt worden. Das Stück, das Herr von Hindenburg mit den Nazis spielt, heißt: Der Widerspenstigen Zähmung. (Sehr gut! und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Von den Nationalsozialisten in die Macht gebracht, regieren jetzt seit vier Monaten in Preußen die Reichskommissare. Was hat ihre autoritäre Regierung geleistet? Sie hat den Verwaltungsapparat vermischt und zerlegt. Sie hat das Land Preußen ohnmächtig gemacht und zwischen Nord und Süd eine tiefe Kluft aufgerissen. Sie hat Hege und Parteipolitik in den Rundfunk getragen. Das ist alles! Sehr wahr! bei den Soz.)

Nach dem eigenen Geständnis der Reichskommissare sind Ruhe und Sicherheit nicht besser gesichert als vorher. Herr von Winterfeld hat gestern für die Deutschnationale Volkspartei den Parlamentsstreik proklamiert: sie wolle im Landtag nicht mehr mitarbeiten, weil sie ja bei den Kommissaren so gut zu Hause ist, daß sie da alles direkt erreichen kann. Aber in dieser Erklärung hat Winterfeld weiterhin versichert, die Deutschnationalen wollen Einfluß und Eigenständigkeit Preußens erhalten. Ein Wort von tieferer Unwahrhaftigkeit ist mir seitens begeben! (Lebhafte Zustimmung rechts und links.)

Derselbe Freiherr von Saal, der Mitglied der deutschnationalen Staatsratsfraktion ist, verkündet als Ziel der Verfassungsreform die Befestigung Preußens. Er und die Deutschnationalen wollen zwar Mecklenburg, Oldenburg und Braunschweig erhalten, wollen zwar die Sonderrechte Süddeutschlands erweitern, aber Preußen vernichten. (Sehr wahr!) Hier in diesem Hause hat die deutschnationale Fraktion durch Herrn Steuer im Mai 1929 erklären lassen, Preußen müsse ungeschmälert fortbestehen. Im Dezember 1929 durch Herrn Steinhaus versichert, der deutschnationale Föderalismus bedeute vor allem Sicherung der Preussenrechte, durch den Abgeordneten von Rohr im März 1931 sagen lassen, daß die Bejahung der Staatess Preußen Kernpunkt aller deutschnationalen Politik sei.

Aber seit dem Tage, an dem die Deutschnationalen durch die Reichskommissare herrschen, wird das Land Preußen abgebaut und ausverkauft. Wie sind und bleiben Anstalten; aber niemals haben wir Preußen ausfüllen wollen, um die Rechte der anderen Länder noch zu vergrößern. Darum kämpfen wir gegen dieses deutschnationale System des Betrugs an Preußen durch die allepreussischste Junterpartei. (Lebhafte Beifall.)

Im Finanzwesen hat die Kommissarsregierung in vier Monaten ein neues Defizit von 180 Millionen erzielt. Die Gemeindefinanzen sind vollkommen zertrübt, wie die zuerst im „Wörtlichen Beobachter“ veröffentlichte Denkschrift des Herrn Dr. Bracht über die Bedrohung des Staatsapparats darlegt. Aber die Schlachtksteuer und die Kürzung der Beamtengehälter haben sie nicht aufgehoben, obwohl sie vorher dagegen getobt haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und den Nationalsozialisten.) Nach einer großen Antrage der Nationalsozialisten hat der Polizeimeister Warner in Lübbenu den Fraktionsführer Kube bei einer Wahlrede unterbrochen, als er den Satz sprach: „Haben die Beamten von Papen und Bracht mehr Geld bekommen als von Brüning und Braun?“ Diese Unterbrechung war völlig unangebracht. (Abg. Kube: Ganz meine Meinung! Große Heiterkeit.) Denn offenbar wollte Herr Kube fortfahren:

„In den nationalsozialistisch regierten Ländern kriegen die Beamten sogar noch weniger Gehalt. (Schallende Heiterkeit.) In Oldenburg haben wir Nationalsozialisten am 1. September die Schlachtksteuer eingeführt und die Gehälter der Unterbeamten stärker als in Preußen gekürzt. In Braunschweig machen wir das Gleiche am 1. Dezember und in Mecklenburg am 1. Januar.“

Mit den alten falschen Methoden des „Systems“ regieren also auch die Nazis weiter, obwohl in ihren Reihen das Finanzgenie des Herrn Feder sitzt. (Große Heiterkeit.)

Die Kommissarsregierung in Preußen hat eine Verwaltungsreform durchgeführt. Alle entscheidenden Fragen sind darin ungelöst geblieben; aber dafür hat man alle nicht ent-

scheidenden Fragen falsch gelöst. (Große Heiterkeit.) Die Verwaltungsreform, die der Preussische Landtag gemacht hat, stand nach Umfang und Qualität unvergleichlich höher. Die Brachtische Verwaltungsreform hat nur befeitigt und niedergelegt, was wir Sozialdemokraten für das arbeitende Volk aufgebaut hatten.

Zerstört ist das Ministerium für Volkswohlfahrt, aufgehoben die Referate für Büchereien, für Volksschulwesen, für Erwachsenenbildung, für Kunst, für Kinderfürsorge, für Angestellte, für Arbeiterinnenkassen und Heimarbeiterschutz. (Stürmischer Hört! und große Bewegung.)

Dafür hat man bei der Regierung in Liegnitz die vor sieben Jahren aufgehobene Fortabteilung wieder eingerichtet. (Heiterkeit.) Diese Verwaltungsreform ist nur Deckmantel, um alle Sozialdemokraten und ehrlichen Republikaner in der Beamtenschaft zu mahregeln. Ueber 100 einwandfreie, pflichttreue republikanische Beamte mit erstklassiger Qualifikation haben die Papen-Bracht hinausgeworfen nach der Maxime: Wir können euch nicht, aber wir mahregeln euch. Jetzt ist das Wort von der Parteibuchwirtschaft aus einer Lüge zur Wahrheit geworden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Unter dem System Braun sind sämtliche Volksschichten und Weltanschauungen an der Verwaltung des Staates beteiligt worden. Jetzt hat man den Parteienstaat befeitigt und an seine Stelle den deutschnationalen Parteienstaat gesetzt. (Lebhafte Beifall rechts und links.) Jetzt hat man die Alleinherrschaft der Herren Korpsstudenten wieder hergestellt, hat Verräter und Demagoganten belobigt und befördert.

Diese vier Monate Kommissarsregierung, diese Zeit deutschnationalen Parteiregiments, entstanden unter Hülfsstellung der Nationalsozialisten, hinterläßt einen kulturellen Trümmerhaufen, die Vernichtung der Macht Preußens, die Erschütterung des Reichsgefüges. Man hat der Arbeiterklasse die Tür zur Teilnahme an den Staatsgeschäften zugeworfen und die Alleinherrschaft der Feudalen wieder hergestellt. Man hat brutales Unrecht gegen das Volk verübt und das Recht gebraut. Anker Kompromis lauft demgegenüber: Fort mit den Zerstörern des demokratischen Rechts und den Verderbern der Freiheit Preußens! (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Causler (J.): Die Rechtsverwahrung der Zentrumspartei gegen die Reichskommissare ist vom Staatsgerichtshof vollständig bekräftigt worden. Wir halten am Kampf für das Recht fest.

Abg. Sandtner (Komm.): Sozialdemokraten bis Nationalsozialisten betrügen das arbeitende Volk. Dem Volk hilft nur der Streik, der Massenstreik und der bewaffnete Aufstand.

Damit schließt die politische Aussprache. Es folgt als besonderer Beratungsgegenstand des gleichen Kapitels Kommissarsregierung die wachsende soziale Volksnot.

Abg. Frau Christmann (Soz.)

Die Not ist eine Folge der internationalen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, und keine Regierung könnte sie ganz abmenden. Aber die Kommissarsregierung will mutwillig den Wohlfahrtsstaat abbauen und das Elend der Notleidenden vergrößern. Dabei zeigen die Zahlen über den Rückgang des Wirtschaftsumsatzes und über den Gesundheitszustand der Schulkin der ganzen fürchtbaren Umfang des schon jetzt vorhandenen Elends. Wir fordern, daß die Regierung für die Gemeinden wenigstens die not-

wendigsten Mittel zur Friftung des Lebens der Erwerbslosen und zur Jugendfürsorge bereitstellt. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Könen (Komm.) beschimpft die Sozialdemokratie und fordert Ausnutzung der reichlichen Vorräte an Brot und Kohle für die Erwerbslosen.

Abg. Hinkler (Soz.): Wir haben in den Ländern, in denen Nationalsozialisten regieren, sehr unpopuläre Maßnahmen treffen müssen. Aber bedenken Sie doch, welch fürchtbares Erbe sozialdemokratischer Wirtschaft wir haben antreten müssen. Geben Sie uns nur einmal 14 Jahre lang die Vollmacht, die die Sozialdemokratie befehlen hat im Reich und in Preußen, dann machen wir aus Deutschland einen Staat, mit dem man Staat machen kann. Dann stehen wir nicht, wie die jetzige Kommissarsregierung den Hungernden die Margarine vom trockenem Brot, um damit den Staatswagen zu schmieren. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Wachenheim (Soz.)

Als entscheidende Aufgabe des Staates hat der Vorredner die Fürsorge für die Arbeitslosen anerkannt: Wege dazu zu weisen sei die Pflicht des Staatsmannes. Darum hat er in richtiger Selbsteinschätzung keine Wege gemieden. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Die Not, verlassen den Sitzungssaal. — Und der große Führer der Nationalsozialisten hat in seinem ganzen Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten keinen sozialen Plan auch nur erwähnt. Es bleibt für die Nationalsozialisten bei der von ihrem Dr. Wagner geprägten Programmformel: „Fürsorge, Versicherungen und Tarifwesen sind unsinnig und zu befeitigen“. (Hört, Hört! bei den Soz.)

Die Not des deutschen Volkes ist genau parallel erwachsen mit den nationalsozialistischen Stimmziffern.

(Sehr wahr!) Soviel Macht, wie die Sozialdemokratie gehabt hat, kann Herr Hitler vom Reichspräsidenten alle Tage bekommen. Aber er drückt sich von Arbeit und Verantwortung. Wir haben den Kern der Sozialversicherung erhalten; Kommissare und Nationalsozialisten haben ihn zerstört. (Sehr wahr!) Die neue Einheitsfront der Staatsführung zeigt sich darin, daß im Gutachten der Reichsanstalt die Bürokratie des Reichs die Bürokratie der Gemeinden unfähig schimpft. Aber diese Reichsbürokratie hat in Sachen der Fürsorgeerziehung eine völlig sinnlose Notverordnung herausgebracht und damit ihre Unfähigkeit zur Befehlsausarbeit bewiesen. (Sehr wahr!) Diktatur ist stets die Alleinherrschaft der Bürokratie auf Kosten des Volks. Unsere erste Aufgabe bleibt die Wiederherstellung eines arbeitsfähigen Parlaments. Erst dann schlägt die Stunde sozialer Erneuerung. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Federer (Soz.) gibt eine Übersicht über den drohenden Finanzzusammenbruch der Gemeinden.

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend früh 10 Uhr vertagt. Außerdem Annenbeiträge zum BVB-Streit.

Für Erwerbslosenküchen

Der Studentendienst in der „Rotgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen für Erwerbslose E. B.“ ladet zu einer Matinee am Sonntag, dem 27. November, in die „Kamera“, Unter den Linden, ein. Beginn 11.30 Uhr. Es läuft der Film „Menschen am Sonntag“ Gerd Thomas spielt auf der Wutliger Orgel, Grete Nicolai singt. Ferner treten Original-Hofhänger auf. Eintrittskarten zu 90 Pf. sind im Vorverkauf im Büro des Deutschen Studentensverbandes, Albrechtstr. 11 (Teleph. Norden 0944), und an der Kasse der „Kamera“ jederzeit erhältlich. Der Reinertrag kommt reiflos den Erwerbslosenküchen der Rotgemeinschaft zugute.

Beckmessers Abgang

Meistersinger, III. Akt.



Auf der Bühne: „Der hat versungen und vertan!“
Der Zuhörer: „Bin ich gemeint?“

Kommt die Bezirksreform für Berlin?

Warum es im Stadtparlament zur Ablehnung des Magistratsplanes kam — Von Erich Flatau

Die Bürgermeister der zwanzig Berliner Bezirke werden heute in gemeinsamer Sitzung mit dem Magistrat nach der Ablehnung der Bezirksreform durch das Stadtparlament den Plan festzulegen haben, der als Vorschlag für eine Neugestaltung der Berliner Verwaltung der Aufsichtsbehörde weitergegeben werden soll. Die Beschlüsse wird der Oberbürgermeister heute nachmittag in einer Pressekonferenz bekanntgeben. — Die Redaktion des „Vorwärts“ hat den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Erich Flatau gebeten, abschließend zu dem bisherigen Schicksal des Reformplanes Stellung zu nehmen. Wir veröffentlichen nachstehend seine interessanten Ausführungen.

In diesem „Nachwort“ sei nochmals daran erinnert, daß die Schaffung des jetzigen Berlin aus 8 Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken 1920 nur gegen schwerste Widerstände erreicht wurde. Bei der damaligen Neugestaltung mußten „Empfindlichkeiten“ totaler Art, „historisch“ Gewordenes und auch Forderungen wild gewordener „Stammhirunde“ überwunden werden. Erschwerend wirkten weiter noch die politischen und wirtschaftlichen Wirrnisse. Auch von ihnen hingens — wenigstens indirekt — die Abgrenzungen und verringerten Möglichkeiten sachlicher Entscheidungen mit ab. Die Zahl 20 der Verwaltungsbezirke muß als eine rein zufällige angesehen werden. Sie hat keinen Ewigkeitswert. Die Bezirksverfassungen hatten zur Grundlage die alten Magistratsverfassungen aus den gleichen, eingangs dargelegten Gründen.

Die Zwischenlösung

Die Verwaltungsbezirke selbst waren eigentlich Stadtverwaltungen (ohne Finanzhoheit) geblieben. Diese wenig schönen Merkmale machen das 1920 für Berlin Geschaffene als Zwischenlösung kennlich. Einer Zwischenlösung muß Endgültiges folgen. Hierbei müssen praktische Erfahrungen berücksichtigt werden unter Voranstellung des Ziels, die große Einheitsgemeinde in ihrer Zentrale sowohl als in ihren Untergliederungen beweglicher und arbeitsfähiger zu gestalten. In einem Zeitraum von über 10 Jahren dürfte auf dem Berliner Verwaltungsgebiet hinreichend verwertbares Material gesammelt worden sein, das mit die Grundlagen für die Neugestaltung der Verwaltungsbezirke abgeben könnte. Die seit ungefähr Jahresfrist von Magistratsbeamten vorbereitend geleistete Arbeit muß grundsätzlich gutgehen werden, vorbehaltlich der Stellungnahme zu Einzelheiten und zum endgültigen Ergebnis, das von der Aufsichtsbehörde beeinflusst werden dürfte.

Wer objektiv sich mit der Notwendigkeit der Neugestaltung der Berliner Verwaltungsbezirke beschäftigt, muß eine klar umrissene Vorstellung von dem Charakter haben, den er diesen Verwaltungsbezirken geben möchte. Die Verwaltungsbezirke einer Weltstadt wie Berlin können im Rahmen der Aufgaben dieser Weltstadt nicht selbständige Mittel- und Großstädte sein, sondern nur nach sachlichen Gesichtspunkten abgegrenzte, ausschließlich für die Lösung bestimmter Verwaltungsfragen geschaffene Untergliederungen. Wer diesen Hauptcharakter anerkennt, muß alles ausschalten, was ihn trüben und eine kommunale Parlamentspielerei fördern könnte. Für reine Verwaltungskörperschaften kann das Zweikörpersystem der alten „Städteordnung der sechs östlichen Provinzen“ nicht mehr in Betracht kommen.

Eine Verwaltungskörperschaft braucht auch nicht das für andere Körperschaften erforderliche Regulativ der Öffentlichkeit, am allerwenigsten

dann, wenn eine zusammenfassende arbeitende Zentralkörperschaft (die Stadtverordnetenversammlung) fast wöchentlich öffentlich tagt. Wenn die sozialdemokratischen kommunalpolitischen Grundzüge das Einkörpersystem für alle Gemeinden fordern, so erscheint dies vom sozialdemokratischen Standpunkt aus doppelt richtig für eine bezirkliche Verwaltungskörperschaft einer Großstadt. Damit waren die Voraussetzungen gegeben, unter denen die Berliner sozialdemokratischen Kommunalvertreter die Vorschläge zu betrachten hatten, die für die Aenderung der Berliner Bezirksverwaltung gemacht worden waren. Das Prinzip des Einkörpersystems mindert nicht die Einwirkungsmöglichkeit des ehrenamtlichen Elements, sondern erhöht diese Möglichkeit, weil die ehrenamtlichen Vertreter der Verwaltungsbezirke nicht über vorgelegte Beschlüsse einer anderen koordinierten Körperschaft zu entscheiden haben, sondern berufen sind, die Grundlagen für Entscheidungen erst mit zu schaffen.

Es mußte also darauf gesehen werden, daß das Mitbestimmungsrecht dieser ehrenamtlichen Vertreter, die in dem vom Bezirksbürgermeister geleiteten Bezirksamt zusammengefaßt werden sollten, in den Vordergrund trat. Anträge solcher Art sind von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion gestellt und teilweise auch von einer Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden. Weiter gelang es auch der Einwirkung der sozialdemokratischen Vertreter, die nach den Vorschlägen der Oberbürgermeistervorlage ziemlich weitgehenden Befugnisse des Bezirksbürgermeisters in ein angemessenes Verhältnis zu dem Entscheidungsrecht der ehrenamtlichen Vertreter des Bezirksamts zu bringen.

Die Gegner einer modernen Neuordnung der verfassungsmäßigen Grundlagen der Berliner

Verwaltungsbezirke verachteten — zum Teil mit Erfolg —, in die Oberbürgermeistervorschlage und in die sozialdemokratischen Vorschage Bestimmungen hineinzubringen, die organisch mit den vorstehend festgelegten Grundlagen nicht zu vereinigen waren. Das Bezirksamt sollte nach der Vorlage aus rund 24 bis 30 freigewählten ehrenamtlichen Vertretern bestehen, zu denen der Bezirksbürgermeister als Leiter treten sollte. Es war völlig unverständlich, daß man die Hinzuwahl „unbesoldeter Stadträte“ verlangte, z. T. auch mit der Begründung, daß hierdurch am wirksamsten eine dauernde Verbindung zwischen Bürgerchaft und Bezirksamt herzustellen sei. Eine derartige, den klaren Aufbau der Verwaltung der Bezirke zerschandende Formulierung wurde im Plenum der Stadtverordnetenversammlung auch angenommen.

Warum wir ablehnten

Die klare Gliederung des Bezirksamts als Verwaltungskörperschaft wurde weiter dadurch beeinträchtigt, daß man eine alte Bestimmung wieder aufnahm, nach der die in den einzelnen Wahlkreisen und auf der sogenannten „Stadtliste“ gewählten Stadtverordneten nach bestimmten Gesichtspunkten zwangsweise auf die Verwaltungsbezirke verteilt werden, wodurch man willkürlich und planlos die notwendigerweise zu begrenzende Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Bezirksamts vergrößerte.

Zu diesen Ungleichheiten im Aufbau der Bezirksverfassung trat überdies noch die Entscheidung, die auch hinsichtlich der Zahl der Verwaltungsbezirke alles beim alten lassen wollte. Wenn man auch durchaus nicht demonstrativ in den Vordergrund stellen soll, daß die Verringerung der Zahl der Berliner Verwaltungsbezirke an sich schon eine

Kostenersparnis bedeutet, so muß man doch bei rein objektiver Betrachtung der Zusammenhänge zu der Auffassung kommen, daß es zweckmäßig sei, mit der Gestaltung einer neuen Bezirksverfassung Hand in Hand gehen zu lassen eine Entscheidung über eine Verringerung der Zahl der Berliner Verwaltungsbezirke. Die Kostenersparnis muß von der allgemeinen Verwaltungsvereinfachung erwartet werden.

Über auch hier war ein vernünftiger, akzeptabler Ausgleich nicht zu erzielen.

Für den Standpunkt der Gegner einer organisch einwandfreien Neugestaltung der Bezirksverfassung und der Festsetzung einer begrenzten Zahl von Verwaltungsbezirken waren ausschließlich die parteiegoistischen Gründe der Erhaltung einer besonderen „Einflußsphäre“ maßgebend. Vor allem gilt dies auch für die Vertreter derjenigen Parteien, die in Berlin zum Teil jetzt nur noch mikroskopisch wahrnehmbar sind. Der bei so widersprechenden Meinungen entstandene Wechselbalg kommunalpolitischer Entscheidungen konnte von der sozialdemokratischen Fraktion nicht anerkannt werden. Sie mußte zum Schluß die Beschlüsse einer wilden Stadtverordnetenmehrheit ablehnen. Dies war nur möglich unter gleichzeitiger Ablehnung von Formulierungen, die die sozialdemokratische Veranlassung oder akzeptiert hatten.

Eingeschlossen

Vier Bergleute verunglückt

Hindenburg, 25. November.

Auf dem Delbrück-Schacht in Hindenburg ging gestern abend gegen 20.30 Uhr im Redenslo (400-Meter-Sohle), eine Strecke von etwa 80 Meter Länge zu Bruch. Hierbei wurden, wie bisher festgestellt, vier Mann eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind sofort ausgenommen worden.

Wie sich später herausgestellt hat, ist die Unglucksstrecke nicht, wie anfangs gemeldet, in einer Länge von 80 Metern, sondern in einer solchen von 30 bis 50 Metern zusammengebrochen. Durch einen Gebirgsschlag ging ein Stobaupfeiler im Redenslo unterhalb der 400-m-Sohle zu Bruch. Von 12 dort beschäftigten Arbeitern konnten sich acht sofort in Sicherheit bringen, während vier Mann abgegeschnitten wurden. Mit einem dieser Eingeschlossenen konnte man sich noch durch Luftverstandigen, während man über das Schicksal der drei anderen vollkommen im unklaren ist. Man hofft, im Laufe des Tages von zwei Seiten zugleich an die Eingeschlossenen heranzukommen.

Die Strafen des Sklarz

Der gestern zur Verbuhung einer Strafe von einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis von der Staatsanwaltschaft I verhaftete Heinrich Sklarz hat nicht nur diese Strafe zu verbuhen, sondern noch weitere 200 Tage Gefängnis als Ersatzstrafe für eine Geldstrafe von 50 000 Mark, die Sklarz bisher nicht gezahlt hat und auch wahrscheinlich nicht bezahlen kann. Gegen Sklarz laufen, wie jetzt bekannt wird, auch noch bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betruges in zwei Fällen und ein weiteres wegen des Verdachts des Kontursverbrechens.

Zweiter billiger November-Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, dem 26. November, kostet bereits von 12 Uhr mittags ab der Eintritt in den Zoologischen Garten für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder bis zu 10 Jahren 25 Pf. Diefelbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

Und wieder Zuchthaus?

Neue Beweisanträge im Reichsbannerproze — Schöne Nazizeugen

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Reichsbannerleute Belch, Neumann und Borchardt und gegen den Kommunisten Klopp, die angeklagt sind, am 28. Juli in Nauzen bei einem Zusammenstoß mit SA-Leuten sich des Landfriedensbruchs und der gemeinschaftlichen Körperverletzung aus politischen Veranlassungen schuldig gemacht zu haben, folgende Strafen: gegen Belch drei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust, gegen Neumann ein Jahr Gefängnis, gegen Borchardt sechs Monate Gefängnis und gegen den Kommunisten Klopp zwei Jahre Gefängnis.

Diese Strafanträge des Staatsanwalts, insbesondere der Zuchthausantrag gegen Belch, kommen überraschend. Der Staatsanwalt hat den Nazizeugen vollen Glauben geschenkt, obgleich sie sich in verschiedene Widersprüche verwickelt hatten. Unter diesen Nazizeugen befanden sich auch die SA-Leute Müller und Hartmann, die durch ihre zweifellos unrichtigen Aussagen im Börnicke-Prozeß zur Verurteilung des Reichsbannermannes Reichmann zu zwei Jahren Zuchthaus und des Reichsbannermannes Schmidt zu einem Jahr Gefängnis beigetragen haben.

Den Nazizeugen standen verschiedene Entlastungszeugen gegenüber. So wurde z. B. von einer Zeugin ausgesagt, sie habe gesehen, wie

Müller sich plötzlich umdrehte und einem der Reichsbannerleute eine Wapfeife verabfolgte. Ein anderer Zeuge sagte aus, daß er unmittelbar vor dem Zusammenstoß mit dem Reichsbanner gehört habe, wie derselbe Müller zu seinem Kameraden sagte: „Wir werden die Eiserner Front hier ebenso zerquetschen, wie wir das in Börnicke getan haben.“ Und eine dritte Zeugin behauptete mit aller Bestimmtheit, gesehen zu haben, daß ein Nationalsozialist das Seitengewehr des Polizeibeamten in Händen gehabt habe und damit zustecken wollte.

Bereits nach dem Plädoyer der Verteidiger stellte Rechtsanwalt Joachim neue Beweisanträge. So beantragte er u. a., den Zeugen Hartmann auf seine Sehschare zu prüfen, und ferner die Ladung mehrerer Zeugen, deren Aussagen geeignet sein sollten, die Glaubwürdigkeit des Hauptbelastungszeugen Müller zu erschüttern. Das Gericht gab den Anträgen statt. Es wird somit heute wieder in die Beweisaufnahme eingetreten werden.

Seit dem Börnicke-Prozeß sind bereits sechs Wochen verfloen. Das Urteil ist bis heute noch nicht fertiggestellt. Es ist unverständlich, daß sechs Wochen zur Fertigstellung eines Urteils, das nach einer anderthalbstündigen Beratung gefällt werden konnte, nicht genügen sollten.



Wo man urteilt,
preist man „Saba“
Hochtonende Versprechungen
sind nicht jedermanns Sache.
Der Berliner verläßt sich
nur auf sein eigenes Urteil.
Einstimmig gelobt, ist „Saba ohne“
Berlins meistgerauchte Cigarette.



Einheitsfront gegen die Not

Zwischenbilanz der Winterhilfe — Berliner sind hilfsbereit

Seit 1 1/2 Monaten ist die Berliner Winterhilfe wieder unermüdet tätig, um auch in diesem schwersten aller Krisenwinter den Verarmten und Notleidenden eine Unterstützung zukommen zu lassen. Erfolgreicherweise konnte bei den verschiedenen Sammelaktionen festgestellt werden, daß die Berliner Bevölkerung noch wie vor hilfsbereit ist und nach besten Kräften gibt, und daß die Berliner Winterhilfe in weitesten Kreisen als eine überparteiliche Angelegenheit anerkannt wird. In ihr sind die Wohlfahrtsorganisationen aller Richtungen, so auch die Arbeiterwohlfahrt, vertreten, so daß bei der Verteilung der Mittel nach sachlichen Erwägungen gearbeitet wird. Voraussetzungen dafür bleibt jedoch die Opfer- und Hilfsbereitschaft aller Menschen, die noch dazu in der Lage sind. Bis jetzt konnte annähernd derselbe Erfolg wie im Vorjahre erzielt werden und in den schlimmsten Monaten, die uns noch bevorstehen, muß die Bereitwilligkeit zur Hilfe noch größer werden.

An Naturalspenden konnte die Berliner Winterhilfe bis jetzt beträchtliche Mengen von Lebensmitteln in Empfang nehmen, die nicht nur durch die Spenden großer, bekannter Firmen zusammengekommen sind. Auch die kleinen Händler und Gewerbetreibenden haben oft in unmittelbaren Zusammenhängen an die Hilfsbedürftigen ihr Teil dazu beigetragen.

tragen. Außerdem wurden täglich 1970 Speisungen an verschiedenen Stellen der Stadt ermöglicht.

Auch die Kleideraktionen, die bisher in 18 Bezirken Berlins durchgeführt wurden, brachten gute Ergebnisse, die allerdings hinter den vorjährigen etwas zurückliegen. Besonders Kinderwäsche und Bettzeug fehlt fast vollständig. Deshalb muß mit den alten Wäscheleihen und Schränken, damit die Frierenden geschützt werden können! Die Kleider- und Wäscheartikel werden von der Winterhilfe den Bedürftigen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Vorher aber werden sie auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durch 350 Jugendliche gereinigt und ausgebessert.

Die Zuteilung aller geldlichen und Kleidungsstücke erfolgt nur durch besondere Ausschüsse in den einzelnen Stadtbezirken, in denen alle Wohlfahrtsorganisationen vertreten sind. Die Kleinarbeit bei der Prüfung der einzelnen Bedürftigkeitsfälle leisten dabei erwerbslose Fürsorgerinnen, die dafür nur eine kleine Geldentschädigung und Essen bekommen. Ueberhaupt wird der notwendige Apparat der Winterhilfe mit den geringsten Verwaltungskosten durchgeführt, da die meisten Kräfte sich ehrenamtlich zur Verfügung stellen.

Für den 2. und 3. Dezember ist für Berlin

eine große Hausammlung geplant, wobei 2500 Sammler der verschiedenen Wohlfahrtsverbände unentgeltlich mitwirken. Wehnschichten steht vor der Tür und riesengroß ist die Zahl derer, die bedacht werden müssen. Deshalb gebe jeder, der es irgend kann, für das große Werk der Winterhilfe. Auch der kleinste Geldbetrag und das älteste Kleidungsstück sind willkommen. Heißt mit, daß in Berlin wenigstens die schlimmste Not gelindert wird und die Hungernden und Frierenden in dieser trüben Zeit einen kleinen Lichtschein sehen.

Kleidersammlung vor Weihnachten

Die letzten Kleidersammlungen der Berliner Winterhilfe vor Weihnachten werden durchgeführt am 28., 29. und 30. November im Bezirk Mitte.

Die Bezirks-Winterhilfe Prenzlauer Berg veranstaltet am 27. November 1932 in der Zeit von 11.30 bis 14.30 Uhr eine Wohlfahrtsmatinee im Lichtspieltheater Königsstadt, Schönhauser Allee 10/12, dessen Räume unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Es gelangt der Film „Rango“ zur Aufführung. Folgende Künstler haben ihre Mitwirkung zugesagt: Lise-Lotte Höfer, Erica und Curt vom Ballett der Staatsoper, Ilse Trautshold.

effe der Öffentlichkeit auf die alten und neuen Taten lenken.

Unter Führung des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte und des City-Ausschusses wird vom 26. November bis zum 5. Dezember eine große Werbewoche „Rund um den neuen Alexanderplatz“ veranstaltet. Dabei steht ein Preisauschreiben im Mittelpunkt: „Sucht die kleinen Beroliner.“ In den Schaufenstern aller größeren und kleineren Geschäfte in der Umgebung des Alex werden bei der Werbedekoration getreue Nachbildungen des Berolinerstandbildes aufgestellt. Die Aufgabe des Publikums ist es nun, die Zahl dieser Figuren zu schätzen. Für die Gewinner ist ein erster Barpreis von 500 M., sowie zahlreiche wertvolle Sachwertpreise ausgesetzt.

Während dieser gemeinschaftlichen Reklameaktion soll die Gegend um den Alexanderplatz ein besonderes charakteristisches Aussehen erhalten. Zu diesem Zweck werden die Geschäftsfassaden mit Fahnen ausgeschmückt und in den Abendstunden der Platz selbst durch besondere Lichtformen der Bewag beleuchtet.

Ausschluß aus der Partei

Der Bezirksvorstand hat mit sofortiger Wirkung den Genossen Franz Ugelmann, Lausiger Str. 23, gemäß § 25 Absatz 8 des Organisationsstatuts aus der Partei ausgeschlossen.

Geflügel- und Kanarienausstellung in Pichelsdorf. Eine große Kleintierausstellung, verbunden mit einer Schau von Züchterinnen selbstgefertigter Pelzwaren, veranstaltet der Kleintierzucht-Kreisverband Groß-Berlin West, zu dem die Vereine Charlottenburg, Spandau, Staaten, Falkensee usw. gehören, vom 2. bis 4. Dezember d. J. in der Pichelsdorfer Brauerei in Pichelsdorf. Der geringe Eintrittspreis von 25 Pf., Erwerbslose gegen Ausweis nur 10 Pf., soll jedem den Besuch ermöglichen, dazu erhält noch jeder fünfzigste Besucher einen Sack Körnerfutter von 10 Pfund gratis.

An unsere Leser in Jepernitz, Schönow, Königsfeld und sämtlichen umliegenden Kolonien. Ab Sonntag, den 27. November, erfolgt die Zuteilung des „Vorwärts“ morgens und abends. Bestellungen erbiten wir für Königental an den Genossen Emil Groth, Barmsdorfer Str. 19/20; für Schönow an den Genossen Paul Fröhlich, Bessingstr. 32; für Jepernitz und alle übrigen Kolonien an den Genossen Fritz Respiat, Neu-Jepernitz, Badstr. 14.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Anfangs trübe und regnerisch, später Erwärmung und Bewölkungsabnahme bei mehr auf Südwest zurückgehenden Winden. — In Deutschland: Von West nach Ost fortschreitende erneute vorübergehende Wetterverschlechterung mit leichten Regenfällen. Hernach zeitweise aufhellend, Temperaturen allgemein steigend.

Das alte Berlin steht noch einmal auf mit seinen romantischen Zauber des Lebens und Treibens zur Weihnachtszeit. Im Hause Leineweber — am Kölnischen Fischmarkt — beginnt am 29. November der Weihnachtsmarkt in Alt-Berlin. Ein Besuch dieses originalgetreuen Weihnachtsmarktes vor 100 Jahren ist für jeden, der Berlin liebt, sehr zu empfehlen. Für Kinder sind hübsche Ueberziehungen vorbereitet. Der Eintritt zu dieser wertvollen Leineweber-Ausstellung ist für jedermann frei und verpflichtet nicht zum Kauf.

Weißer Zähne: Chlorodont

In wenig Worten

In der vergangenen Nacht verunglückte der 33 Jahre alte Dr. Paul Müller, Sohn des Mitinhabers der Sektellerei Rothhaus Müller, mit seinem Kraftwagen an der Straße zwischen Schierstein und Niederwalluf tödlich.

Auf dem Elbeideich bei der Volksbadeanstalt in Wittenberge wurde die 37jährige Witwe Blicke ermordet aufgefunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurden der Bootsmann Engler und sein Bruder verhaftet.

Die Gemeinde List auf Selt, der Sitz der Verkehrsflieger-Schule, von der die Flüge Wolfgang von Gronau ihren Ausgang genommen haben, hat den von seinem Weltkrieg nach Selt zurückgekehrten Flieger zum Ehrenbürger ernannt.

Wie erst jetzt bekannt wird, brach am Donnerstagsabend aus noch nicht geklärt Ursache ein Feuer in dem Kinderheim Heitendorf bei Kiel aus, das sehr schnell um sich griff und in kurzer Zeit das Hauptgebäude und mehrere Nebengebäude einäscherte. Glücklicherweise war das Heim nur mit vier Kindern besetzt. Sie konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Silberner und Goldener 5-Uhr-Ladenschluß am Heiligabend

Der Polizeipräsident hat für die beiden Sonntage vor Weihnachten die Beschäftigung von Angestellten im Einzelhandel für offene Verkaufsstellen in der Zeit von 3 bis 7 Uhr nachmittags freigegeben. Die Verkaufszeit am Heiligen

Abend wird für offene Verkaufsstellen aller Art bis 5 Uhr abends eingeschränkt. Die Ausnahme hiervon bilden Lebens- und Genussmittel, sowie Blumengeschäfte, die bis um 6 Uhr abends verkaufen dürfen. Kunden, die bei Ladenschluß bereits in dem Geschäftsort anwesend sind, dürfen noch bedient werden. Die Bestimmungen gelten auch für Verkaufsstellen der Konsum- und ähnlicher Vereine, ferner auf den Bahnhöfen der Reichsbahn und Kleinbahnen, sowie für Verkaufsstellen auf den Weihnachtsmärkten. Auch Hausierer und Straßenhändler dürfen über die genannte Zeit hinaus ihr Gewerbe nicht mehr betreiben. Eine Ausnahme stellen lediglich die Weihnachtsbaumverkäufer und Marktthallen ein.

Folgequerschnitt

16jähriger vom Traktor erdrückt

Ein schwerer Unfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich gestern mittag gegen 1 Uhr in Niederschöneweide. Der 16 Jahre alte Lehrling Ernst Beyer aus der Auguste-Viktoria-Straße 22 in Karlshorst hatte auf dem Grundstück seiner Lehrfirma, der Schlupmannschen Industrie- und Handels-G. m. b. H. „Schlup“, einer Motor- und Fahrzeugfabrik, in der Flichstraße 15 in Niederschöneweide die beiden schweren eisernen Torflügel für einen ausfahrenden Traktor geöffnet, der eine Ladung Koks hingebacht hatte und wieder wegfahren wollte. Infolge eines plötzlichen Windstoßes schlug der eine Torflügel wieder zu, und der Traktor wurde dadurch zur Seite geschleudert. Unglücklicherweise stand dort gerade der Lehrling, der zwischen dem schweren Traktor und der Tormauer durchschlägig zerquetscht wurde. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche des Verunglückten wurde von der Polizei beklaggenommen und ins Königin-Elisabeth-Hospital gebracht.

Benzinerexplosion!

Zwei junge Mädchen verletzt

In der Gütshiner Straße 1 ereignete sich gestern abend eine folgenschwere Benzinerexplosion, bei der zwei junge Mädchen erhebliche Brandwunden erlitten.

Im Erdgeschoß des Hauses Gütshiner Straße 1 befinden sich die Räume der Photokopieranstalt der Firma Koch u. Heß. In einem großen Raum waren zwei junge Photogehilfen, die 16 Jahre alte Dora Sonnenburg aus der Ernststraße 9 in Karlshorst und die 21jährige Marie Wittjäger aus der Schönhauser Allee 171, mit Berufstätigkeiten beschäftigt. Durch eine Unvorsichtigkeit wurde ein Glasbehälter, der mehrere Liter Benzin enthielt, zertrümmert. Die gefährliche Flüssigkeit ergoß sich über den Fußboden und ehe die jungen Angestellten recht zur Befinnung kamen, entzündeten sich die Benzindämpfe durch das Feuer. Mit brennenden Kleidern eilten die Verunglückten ins Freie. Hingeeilenden Kollegen gelang es, die Flammen zu ersticken. Die Verletzten wurden sofort ins Urbantrankenhause gebracht.

Neues am Alex

Wettbewerb um „Beroliner“

Nach jahrelangem Buddeln und Bauen hat sich jetzt das endgültige Gesicht des neuen Alexanderplatzes langsam herausgebildet. Der alte Mittelpunkt Berlins ist in neuem Gewande wieder aufgestanden. Die Geschäftsleute, die lange Zeit unter dem Umbau zu leiden hatten, wollen nun mit einer groß angelegten Aktion das Inter-

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

- 4. Kreis, Filmmatinee am Sonntag, dem 27. November. „Die Hölle des Arztes.“ Dazu ein Kullerfilm. Einlaß 10%, Karten zu 30 Pf., an der Kasse nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches erhältlich. Der Ueberblick schließt der Erwerbslosenhilfe der Arbeiter-Wohlfahrt.
- 7. Kreis, Der Gesangsverein „Charlottenburger Liedertafel“ (VdMKB), Chorleiter G. Widera, veranstaltet am Sonntag, dem 27. November, 20 Uhr, sein Herbstkonzert in der Aula des Sophie-Charlotte-Konjums, Charlottenburg, Schwanenstr. 27. Reges Besuch der Parteigenossen wird erwartet.
- 7. und 8. Kreis, Juristische Sprechstunde findet am Sonnabend, dem 26. November, von 17 bis 18 Uhr, im Jugendheim Köpenick 2 statt. Gelegenheit zum Rechtsantritt.
- 8. Kreis, Sonnabend, 26. November, findet im Ratskellerhof, Bülowstraße 57, ein Vergnügen der Konsumgenossenschaft statt. Eintritt inkl. Tanz 30 Pf.
- 23. Kreis, Am Sonntag, dem 27. November, 10 1/2 Uhr, Agitation für den „Vorwärts“ Treffpunkt bei Feinze, Barfußstr. 17. Zahlreiche Beteiligung ist Pflicht.
- 35. Kreis, Mittwoch, 30. November, Mitgliederversammlung der Senen, Rigler Straße 67. „Die Partei vor neuen Aufgaben.“ Referent: Albert Orgesinoff. Leitung: neuw. Sekret. Die Bezirksleiter haben ein.
- 77. Kreis, Sonntag, 27. November, Treffpunkt zur „Vormärts“-Agitation um 9 Uhr bei Kolchens, Kappel-Paulus-Straße.
- 84. Kreis, Heute, 20 Uhr, bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 29-31, gefälliger Abend, Tanz, Vortrag: Theo Waret. Eintritt 40 Pf.
- 96. Kreis, Heute, 20 Uhr, Sonntagabend der Jüngeren-Gruppe mit Tanz im Oberhof, Weißhofstr. 8.
- 92. Kreis, Die Koffer holen heute, 17 Uhr, das Material bei Wolff, Kaiser-Friedrich-Str. 178, ab.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Witze, Aktion, Festschmaus! Unser heutige Parlamentsgebäude ist aus. — Kreuzberg, 18. Uhr, Götlicher Straße. Morgen fährt der Abteilung nach den Damerbergen. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Schließendes Kor. Essen, Tanzen und 80 Pf. miltbringen. — Charlottenburg, Heute, Sonnabend, 17 Uhr, Festschmaus im Reichsheim. Der Festschmausmittag fällt aus, es kommen nur die Kinder und die Mütterinnen. Abrechnung der Montaggruppen heute, 19 Uhr, im Reichsheim. Mitgliederkarte und Karteikarte sind mitzubringen. — 18. Kreis, Zukunft, Morgen, Sonntag, Fahrt nach Spandau-Finkenweg. Treffpunkt 9 1/2 Uhr Bahnhof Westend, 80 Pf. Fahrgehalt. — Neukölln, Kreis Falken, Gruppenführerveranstaltung! Alle rote Falken nehmen an der Kreisfahrt teil. Abfahrt morgen, Sonntag, 8 Uhr, U-Bahn Rathaus, Fahrgeld 30 Pf., Follenladung, Wimpel und Sportgeräte mit-

bringen. Die Spieltruppe muß vollständig sein. Jung- und Note-Falken-Helfer Montag, 14 Uhr, im Arbeiterheim Arbeitsbesprechung. Material für die Sektion muß zum gleichen Termin abgeliefert werden.

Tecotom, Puerto de Bolla, Sonntag, 27. November, Besuch der Sternwarte. Treffen 15 Uhr Bahnhof Köpenick. Eintritt 20 Pf.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

77. Kreis, Unsere Genossin Klawitter ist am 24. November plötzlich verstorben. In ihrer stillen, ruhigen Art hat sie viel für die Partei, namentlich für die Jugend geleistet. Ihre letzten Anbenden, Beerdigung Montag, 28. November, 14 1/2 Uhr, auf dem 2. Städtischen Friedhof, Conthstraße (Blanke Höhe). Um rege Beteiligung wird gebeten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1. Treppen rechts.

Referenten-Schule Genosse Daniels und Genosse H. Kolbenberg: Morgen, Sonntag, pünktlich 9.30 Uhr, im Raum der Arbeiter-Bildungsschule, SW., Lindenstraße.

Wandern-Beitrag-Kauf: Heute Beginn pünktlich 19 Uhr im Heim Lindenstraße 4, vorn.

Infamantent der Referenten, Jugendbeiräte, 1. Abteilungsleiter und Bildungsbeiräte der Bezirke am Montag, dem 28. November, 19 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg, Nordstr. 11. Ohne Mitgliedsbuch oder Einladung kein Zutritt.

Heute, Sonnabend, 26. November:

- Neukölln Nr. 19 Uhr Funktionärstagung Hauptreferat: — Referent: Beteiligung an der Beerdigung der Parteimitglieder. — 18. Kreis: Am Abend. — 23. Kreis: Arbeitsgemeinschaft Jüngerearbeit.
- Bezirksleiter Kreuzberg: Arbeiter-Arbeitsgemeinschaft „Gewerkschaft und Partei im Kampf“. Leitung: Paul Secklein. (Jugendheim Bremer Straße, pünktlich 19 Uhr.)
- Bezirksleiter Wedding: Sprechstunde 18-19 Uhr Schönheitsstr. 1. Boden 19-20 1/2 Uhr Gerichtstraße. Spieltruppe 20 1/2-22 Uhr Schönheitsstr. 1.
- Bezirksleiter Kreuzberg: Arbeiter-Arbeitsgemeinschaft „Einheitsfront ist tot“ mit Genossen Dr. Jansantel um 20 Uhr im Heim Uchardt, 167.
- Bezirksleiter Köpenick: Mitgliederbesprechung 19 1/2 Uhr in Charlottenburg, Köpenicker Str. 1. Ausladung über „Sowjetland“ mit Gen. R. Abramowitz.
- Bezirksleiter Köpenick: Schwanenbrunnen in Köpenick. Treffpunkt 17 und 20 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Eingang Sonntagstraße, Fahrgehalt 85 Pf. Genosse Gustav Weber spricht morgen über „Die Aufgaben der Arbeiterjugend in der Krise“.
- Bezirksleiter Köpenick: Gelsenbüchel. Einbockstr. 94. 18 Uhr Stubie. 20 Uhr Sprechstunde.

Morgen Sonntag, 27. November:

Köpenicker Viertel: Fahrt nach Bernau. Treffpunkt 7 Uhr Schließendes Bahnhof, 60 Pf. — Falsches Kreuz: Fahrt, Treffpunkt 7 1/2 Uhr Reichsheim.

Schillerpark: Fahrt. Treffpunkt 7.30 Uhr Barfuß-Edel Müllersstraße. — Falschplatz 11 Fahrt fällt aus. — Neukölln 11 Treffpunkt zur Fahrt 7 Uhr Reichsheim.

Bezirksleiter Prenzlauer Berg: Bezirksleiterkonferenz 16 1/2 Uhr Schönhauser Straße 11. 19 1/2 Uhr für interessierte Genossen Schallplattenabend mit dem Genossen Becker im Alterheim Dantsiger Str. 62. Untertönenzeit 5 Pf. Erwerbslose frei.

Bezirksleiter Köpenick: Jüngere-Arbeitsgemeinschaft: „Was will die Arbeiterjugend?“ Leitung: Genosse Theo Thiele. Aktion! 13 Uhr Parteihaus Köpenick (nicht 18 Uhr Dantsiger Straße).

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Der Jugendbeirat Köpenick kommt heute im Jugendheim Kantensstraße 7 von 20 bis 22 Uhr zum Heimabend zusammen.

Sonnabend, 26. November, 19 Uhr, Altershelm, Dantsiger Str. 62. Versammlung aller SPD- und freigeistlichen Arbeiter der Bezirke Prenzlauer Berg, Kreuzberg, Köpenick, Mitte, Charlottenburg, Spandau, Staaten, Falkensee, Referent: Kollege Rodowitsch vom Gesamtverband 2. Postfach, 2. Bezirk Köpenick. In Anbetracht des wichtigen Themas ist das Erscheinen der Arbeiter unbedingt erforderlich. Partei- und Verbandsbuch legitimiert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ Reichsleiter: Berlin S 14, Seckelstr. 37-38, Hof 2 22. Werbung (Vortrag). Der Besuch des Reichs- und Bauvereins am Sonntag fällt aus. — Friedrichshagen, Kameradschaft Petersburg, Sonnabend, 26. November, 20 Uhr, gemächliches Beisammeln im Verkehrs-Tafel Haus. — Kameradschaft Schwanenbrunnen, Sonnabend, 26. November, 19 1/2 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Kompter, Ober-Schwanenbrunnen, Edel Müllersstraße. Referent: Kamerad Seibert.

Freiwillige Gemeinde, Sonntag, 11 Uhr, Pappelfeld 15, Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: Familie und Ehe in der sozialistischen Literatur.

Individualpsychologische Gruppe, Dr. Kreis spricht am Montag, dem 28. November, 20 Uhr, im Klubhaus am Anie, Berliner Str. 27, über: „Der Hochkapler“. Gäste willkommen.

R.R.S. Neukölln-Bezirk, Sonntag, 27. November, 9 Uhr, Schirgen im Neuköllner Schützenheim, Kreuzberger Straße.

Deutsch-Französische Gesellschaft, Mittwoch, 30. November, 19 1/2 Uhr, Reitzgasse, Panzerstr. 2, Pappelfeld 15, über: „La jeunesse française et le militarisme en France“

Vormerand, Köpenick, Sonnabend, 26. November, 20 Uhr, Sitzung, verbunden mit der Feier des 24. Gründungstages im Ewalds Vereinsthause, Schließendes Straße 126, nahe Rotbuser Tor.

SCHICKSAL MASCHINE

27] ROMAN VON
STEFAN POLLATSCHKEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

„Vielleicht ist es mehr als leichtfertig, Crufius, vielleicht ist es sogar unmoralisch und verwerflich, weil ich dich um Geld und Gut bringe, indem ich mich weigere, diese Knoten zu entwirren und auszuharren, bis du eine neue Leitung bestimmt hast. Aber begreift du denn nicht, daß mich der bloße Gedanke an die Fabrik um den letzten Rest meines Verstandes bringt, daß ich mich lieber töten würde, als noch einmal diese Räume zu betreten, so begreif mich doch, versuch doch mich zu verstehen, und wenn du mich für einen Narren hältst — tu's doch immerhin! — aber ich kann nicht anders!“

Weltlin schrie wie im Paroxysmus, und Crufius hatte alle Mühe, seinen Freund zu beruhigen: „Nun gut, nun gut, Wilhelm! Lassen wir es also ein für allemal. Du hast recht, es kann sich ja nur um Geld handeln.“

Wie tief muß die Wandlung dieses Menschen gewesen sein, grübelte er, als er die Stiegen wieder hinabschritt, wie schnell kann der Mensch aus seiner Ordnung, aus seiner Lebensbahn geraten? Wie unsicher ist es doch, dieses wandelnde und mit Verstand begabte Wesen? . . . Crufius ließ wieder den Wagen vorfahren und ging, die Hände über den Rücken verkreuzt, durch die engen Gassen. War es denn wirklich verwerflich, was er tat, wenn er darauf sann, den Menschen Erleichterungen zu schaffen? War sein Tun wirklich so verdammenswert? War es richtig, daß er die Menschen auf Neuhäres lenkte, statt sie zu sich selbst zurückzuführen? Aber was heißt denn das? Kann man denn überhaupt etwas zurückführen, gibt es denn ein Zurück? Die Maschine ist doch nun einmal hier und ich bin bloß ihr Diener. Bergehe ich mich denn gegen die Natur, wenn ich helfen will, ihre Kraft den Menschen nutzbar zu machen? Und wenn auch, hat die Natur nicht dem Menschen zu dienen, ist sie nicht für ihn da? Ewiger Widerstreit, ewiger Widerstreit zwischen Menschen meiner Art und solchen, deren einer Weltlin nun geworden ist. Aber wer bürgt mir, daß ich nicht morgen selbst aus meiner Bahn geworfen, ein Weltlin werde? . . . Dennoch, solange ich noch ich bin, solange noch mein Verstand mir gehört, kann ich nur denken, wie ich eben denke. Wir können uns der Entwicklung nicht entgegenstellen, und wenn es auch mein Schicksal ist, an all dem, was ich erfinne, zugrunde zu gehen, ich kann mich nicht dagegen wehren, solange ich noch ich bin . . . Energisch schritt Crufius voran. Schon weilten seine Gedanken bei der Arbeit im Laboratorium, er winkte dem Wagen und fuhr, von den kleinen, bloßfüßigen Gassenbuben begafft, von dannen.

Oben in seinem Zimmer sah Weltlin und ordnete Zeitungsausschnitte in eine große, grüne Aktentasche.

Die Verbrechen der Zeit.

Die grüne, dick angeschwollene Aktentasche unter dem Arm betrat Weltlin das Podium. Der Saal war dichtgefüllt. Ein Blick in den Raum hinab bot ein ungewohntes Bild: Er sah nur Köpfe und Hüte, sonst konnte er nichts wahrnehmen. Seine Stimme kam ihm ganz fremd vor, er lauschte, während er die gut vorbereiteten Sätze sprach dieser eigenen und dennoch fremden Stimme, verhaspelte sich im Sprechen, mußte einen eben angefangenen Satz wiederholen und wäre am liebsten davongelaufen. Sein ganzes Vorhaben kam ihm, während er mechanisch weiter sprach, lächerlich und unsinnig vor. Warum erzählte er all dies den fremden Menschen? War es ihm wirklich so wichtig, daß all diese Menschen da unten seine Gedanken kennenlernen mußten? War das überhaupt notwendig? Und er mußte mit einem Male, daß das gar nicht seine Absicht war. Was war sie denn? Selbstgefälligkeit? Wirken-wollen? Eitelkeit? . . . Und er sprach wie eine Maschine weiter.

Abermals wagte er einen Blick hinab; sah er da nicht Crufius? Und war dies nicht Erna, einträchtig neben Susi sitzend? Und dort — ja, das war Albert, neben ihm das

Fräulein Vera Wagner und der Wähniige. Etwas zu nahe sah dieser Geißel neben der jungen Dame; ob man nicht gelegentlich Albert hiervon Mitteilung machen sollte? Ja, und da waren auch einige von den Parteibonzen, die sich zuerst gegen Vortrag und Vortragenden gewehrt hatten, bis Weltlin seinen Willen schließlich doch durchgesetzt hatte. Dann aber sah sein Blick die dichtgedrängte Schar der Männer und Frauen, die ihn unablässig ansahen, und er hatte das Gefühl, als verfolgten diese Menschen dort unten den Flug der Worte aus dem Mund in den Raum. Da spürte er wieder dieses weiche Gefühl in sich für diese rührend stumpfen, abgebrauchten, abge-

quälten Menschen, und er sprach hinfort nur zu ihnen. Er sah nicht mehr Freund, Tochter, Geliebte, Sohn — zu dieser Menge sprach er, und seine Stimme scholl an, sie wurde wärmer, befeelter, leidenschaftlicher.

„Wenn ich also in meinem Gedankengang fortfahre, möchte ich sagen, daß diese Art von Verbrechen nur in unseren Tagen beobachtet werden, daß sie also Verbrechen sind, die aus unserer Zeit erwachsen, durch unsere Verhältnisse bedingt sind. Was all diesen Verbrechen gemeinsam ist, ist der Umstand, daß eine materielle Absicht meist nicht vorhanden ist, daß Zweck und Anlaß nicht klar ersichtlich erscheinen und daß ihre Grausamkeit über alle bisher erlebten Gewalttätigkeiten weit hinausgeht. Ich möchte aus meiner Sammlung, die Berichte über hundertvierzehn solcher Verbrechen der Zeit enthält, nur einige der markantesten vor Ihnen ausbreiten: Ein zweiundzwanzigjähriger Hilfsarbeiter stiehlt in belebter Straße einer Dame ein Handtäschchen, bis hierher ein alltäglicher Fall. Der Dieb verfolgt die Dame, und als diese ein Haustor betritt, überfällt er sie, prügelt sie, wobei ein Auge der Leberfallenen schwer verletzt wird. Bei der Verhandlung gibt sich der Richter alle Mühe, die Motive der Tat aufzuhellen, es gelingt nicht.

Er fragt, ob der Täter einen weiteren Diebstahl geplant habe, der Mann verneint; ob etwa ein Sittlichkeitsdelikt beabsichtigt gewesen sei — wieder verneint der Täter; endlich erklärt er, daß er die Tasche wohl aus Not gestohlen habe, den Leberfall aber habe er nur begangen, weil er auf alle besser angezogenen Menschen eine „Butt“ hätte . . .

In der Stadt A., einer Industriestadt, die etwa 50 000 Einwohner zählt, ereignete sich das Folgende: Ein Mann verläßt das Bankgebäude, in der Hand trägt er eine Aktentasche. Er wird an einer Straßenecke von drei Leuten angehalten, in ein Auto gezerrt. Vor der Stadt wird er von den Leuten an einen Baum gebunden und an ihm ein bestialisches Verbrechen begangen, das auszusprechen ich mich scheue. Die Behörde sähndet vergebens nach den Unmenschen, die es nicht beim Raub bewenden ließen, sondern diesem geradezu milden Unterfangen jene tierische Grausamkeit folgen ließen. Nähere Nachforschungen ergaben, daß das bedammernswerte Opfer ein Rechtsanwalt einer benachbarten Ortschaft war, der mit seiner Umgebung in Friede und Eintracht lebte, irgendein persönlicher Racheakt war mit diesem Verbrechen nicht verquid.

(Fortsetzung folgt.)

Der Mann, dem kein Schloß widersteht

Reportage über einen Schlosser / Von Arthur Strawn

Vor drei Monaten gelang es den Bergemannschaften, die im Braut der an der bretonischen Küste im Jahre 1922 gesunkenen „Egypt“ arbeiteten, endlich eine gewaltige Stahlplatte des Oberdecks aufzuschneiden und sich in den ehemaligen Schiffstaktenraum Eingang zu bahnen.

Hier, 120 Meter unterhalb des Meeresspiegels des Golfs von Biscaya, hatten ihrer 5 000 000 Dollar in Gold und Silber und 28 000 000 Dollar in indischen Banknoten, die die „Egypt“ von England nach Indien bringen sollte, als das Unheil sie im dichten Nebel in die Tiefe sandte. Ein Teil des Schatzes wurde sogleich geborgen. Aber weit aus das Meiste blieb hinter den dicken Stahlwänden von vier Safes zurück, die in die Wände des Kastenraums eingebaut waren und nicht an die Oberfläche gebracht werden konnten. Die Taucher versuchten, eines der Safes mit Azetylenfackeln und Explosivstoffen zu öffnen. Sie hatten Erfolg, mußten aber entdecken, daß die Gewalt der Sprengmittel vier Fünftel des kostbaren Inhalts zerstört hatten. Es war offenbar, daß eine geeignete Methode gefunden werden mußte, um die übrigen drei Safes zu öffnen.

Vertreter des Bergesyndikates eilten nach Berlin und berichteten ihre Schwierigkeiten dem ältesten technischen Sachverständigen für Taucherarbeiten, Benjamin Walters.

„Es gibt nur einen einzigen Mann auf der ganzen Welt, der die Safes öffnen kann“, erklärte Walters.

Und dieser einzige Mann auf der ganzen Welt war Charles Courtney, Präsident der amerikanischen Kunstschlosservereinigungen, Besitzer der größten Kunstschlosserei der Welt, in New York, mit dessen Geschicklichkeit und Geschwindigkeit in Öffnen eines Schlosses oder eines Safes es kein anderer Mensch, sei es innerhalb, sei es außerhalb eines Gefängnisses, aufnehmen kann.

Zweimal mußte Courtney Schlösser so rasch als möglich, ohne daß geeignete Instrumente zur Hand gewesen wären, öffnen. Im Jahre 1918 besuchte er einmal den Besitzer einer Brooklyner Schiffswerft, als ein Feuer ausbrach und bedrohliche Ausmaße annahm. Man erinnerte sich, daß in einer aus Stahl gebauten Hütte große Mengen Explosivstoffe aufbewahrt waren. Sie war zugesperrt und der Aufseher, der den Schlüssel aufbewahrte, war ausgegangen. Courtney löste das Problem mit einem Stück Draht. Er öffnete das Schloß rascher, als man die Türe hätte ausbrechen können.

Ein anderes Mal bemerkte er auf seinem Wege zur Werkstätte aus einem der oberen Stockwerke eines Mietshauses Feuer dringen. Er machte einen Polizisten aufmerksam, der sofort die Feuerwehr alarmierte, während Courtney sich zu der Wohnung begab und klingelte. Aber es kam keine Antwort. Der „König der Schlosser“ stürmte in ein Kaffeehaus, ergriff eine Gabel und einen Löffel und eilte zurück. In ein paar Sekunden hatte er sich geeignete Werkzeuge hergestellt, indem er den Stiel des Löffels abbrach und die Zinken der Gabel krümmte; und mit diesen öffnete er

das Schloß. Mit Hilfe der Nachbarn trug er eine halberstickte Familie aus der raucherfüllten Wohnung ins Freie — gerade als die Löschtrains der Feuerwehr herantrafen.

Vor weniger als einem Jahr rettete er einen hervorragenden Finanzmann vor dem Ruin. Ein Vorfall, der einer gewissen Komik nicht entbehrt. Die Börse hatte gerade einen besonders klauen Tag, und die Aktienkurse purzelten geradezu in die Tiefe. Der in Florida zur Erholung weilende Finanzmann rief sein New-Yorker Büro an und beauftragte seine Sekretärin, mehrere tausend Aktien, die in seinem Safe aufbewahrt waren, diesem sofort zu entnehmen und noch vor Börsenschluß zu verkaufen. Dann lautete er ab. Es war 12 Uhr mittags und die Börse schloß um 3 Uhr. Plötzlich erinnerte sich die Sekretärin, daß der einzige Mensch, der außer dem Finanzmann das Schlüsselwort wußte, nicht in New York war. Sofort ließ sie sich wieder mit Florida verbinden; aber ihr Chef war unauffindbar. In der allgemeinen Aufregung nannte jemand den Namen Courtneys. Er kam in aller Hast und hörte sich die Befehle an.

Sowohl das Aufbohren des Safes wie auch andere Manipulationen hätten Stunden in Anspruch genommen. Dann wäre es zu spät geworden. Aber Courtneys langjährige Erfahrung bei der Lösung ähnlicher Probleme kam ihm zu Hilfe. „Zeigen Sie mir den Schreibtisch des Kompanions Ihres Chefs“, sagte er. Er war versperrt. Courtney öffnete sofort das Schloß. Und tatsächlich fand man unter den Privatpapieren des Kompanions das Schlüsselwort. Die Aktien kamen noch rechtzeitig auf die Börse.

Auch das Öffnen eines Safes durch Anwendung von Gewalt erfordert größere Geschicklichkeit, als man annehmen würde. Man muß genau wissen, wie man bohren muß; wenn man sich auch nur um den Bruchteil eines Zentimeters irrt, kann eine unbedeutende Ausperrung die Folge sein. Manche Safes haben nämlich sogenannte „Dynamit-Drücker“; wenn man gewisse Teile des Safes anbohrt, werden Verschlüsse losgelöst, die die Riegel und Schließhaken nach starrer Festhaltung. Dann gibt es Safes, in deren Wände „Castalmerin“ eingebaut sind. Man braucht sie nur anzubohren und das Giftgas strömt ins Zimmer.

Courtney hatte mancherlei unliebsame Begegnungen mit solchen Safes. Aber am knappsten kam er vor einigen Jahren mit dem Leben davon, als er berufen wurde, um ein Safe zu öffnen, das in der vergangenen Nacht ohne Erfolg von Einbrechern bearbeitet worden war. Sie hatten das

Ein Rührstein und ein Menschenherz
Wird stets herumgetrieben,
Wo beides nichts zu reiben hat,
Wird beides selbst zerrieben.

Friedr. v. Logau (1630).

Safe an mehreren Stellen angebohrt, waren aber offenbar verfehlt worden, bevor sie ihr Ziel erreicht hatten. Courtney wollte gerade dort mit dem Bohrer fortgehen, wo die Einbrecher ausgehört hatten, als er ein Blatt Papier auf dem Fußboden liegen sah. Es war eine von den Einbrechern zurückgelassene Warnung, daß die Bohrlöcher mit Nitroglycerin gefüllt seien!

Andere Angehörige der Unterwelt, mit denen Courtney in Verbindung kam, waren nicht so rücksichtslos. Am 31. Dezember 1931 betrat ein junger Mann in Abendkleidung seine Werkstätte. Draußen stand ihr Automobil. Zufälligerweise war Courtney allein. Ohne Umschweife machten sie ihm einen Vorschlag. Er sollte sie begleiten, um ein Safe zu öffnen und mehrere tausend Dollar Belohnung erhalten, wenn er Erfolg hätte. Er weigerte sich. Sie versuchten, ihn zu ihrem Auto zu schleppen. Courtney leistete Widerstand. Dann schlugen sie ihn, bis er bewußtlos wurde, und raffen davon. Er mußte fünf Tage das Bett hüten, um sich von seinen Verletzungen zu erholen.

Aber nicht alle Verbrecher wenden so rohe Methoden an.

Am Bord des Aeroplans, mit dem Courtney anlässlich seines letzten Aufenthaltes von Berlin nach London kam, machte er die Bekanntschaft eines freundlichen älteren Herrn. Sie kamen ins Gespräch, und der freundliche Herr teilte ihm mit, daß er ein katholischer Priester sei, woran zu zweifeln Courtney keinen Anlaß hatte. Auch Courtney erzählte ihm, welchen Beruf er habe. Da erklärte der Priester, daß er ein Safe besitze, dessen Schlüsselwort nur er wisse, und er wolle mit Courtney um 100 Pfund Sterling wetten, daß dieser nicht imstande sein würde, es zu öffnen. Der König der Schlosser nahm die Wette an.

Als sie in London angekommen waren, begab sich Courtney für ein paar Minuten in sein Hotel und folgte dann dem Fremden, der ihn zu einer Kirche führte. Der Priester suchte in seinen Taschen umher. „Kein, so etwas! Jetzt habe ich den Schlüssel vergessen!“ rief er aus. Dann wollte er mit Courtney um weitere 25 Pfunde wetten, daß dieser nicht imstande sei, das Schloß zu öffnen.

„Wie schade!“ erwiderte Courtney, „aber auch ich habe einige meiner Werkzeuge vergessen. Bitte warten Sie. Ich eile nur in mein Hotel, um sie zu holen.“

Aber anstatt in sein Hotel zu eilen, fuhr Courtney nach Scotland Yard. Als er nach einigen Minuten in Begleitung eines Polizeinspektors zurückkehrte, war sein „geistlicher“ Freund verwundet.

„Ich wäre auf diesen Burschen wirklich hineingefallen“, sagte Courtney, „wenn er nicht diese weiße Wette vorgeschlagen hätte. Aber für einen Diener der Kirche schien er mir da doch ein wenig zu weitläufig zu sein!“

Eine autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Sartorius.

Sparsames und besseres Rasieren mit der glyzerinhaltigen

KALODERMA-RASIERSEIFE

Nach besonderem Verfahren unter Zusatz von Glycerin hergestellt. Millionen Männer machen die Erfahrung, daß der dicke, sahnige, glyzerin-gesättigte Kaloderma-Rasier-schaum unvergleichlich wirksamer und sparsamer im Gebrauch ist. Wundervoll leichtes, hautschonendes Rasieren: Die Klinge schabt nicht — sie gleitet. Das Stück 60 Pfg. F. WOLFF & SOHN KARBLSBUHE

Wie steht die Konjunktur?

Skeptischer Quartalsbericht des Konjunkturinstituts

Das Konjunkturinstitut hat jetzt seinen Vierteljahrsbericht für das dritte Quartal 1932 veröffentlicht, und zwar zunächst nur den zweiten Teil des Berichtes, der die Situation der einzelnen Wirtschaftszweige behandelt. Die zusammenfassende Konjunkturbeurteilung und die übliche Vorhergabe der kommenden Entwicklung stehen noch aus.

Die industrielle Produktion, deren Rückgang sich schon im ersten Halbjahr erheblich verlangsamte, ist seit August leicht gestiegen. Der Produktionsindex wichtiger Industrien (1928=100) hob sich von 51,8 im August auf 53,7 im September.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg vom August bis Oktober um 7,5 Proz.

Im Kohlenbergbau wurde die Fördertätigkeit durch saisonmäßige Eindeckungen des Handels und der Verbraucher gestützt. Steinkohlenförderung und Koksproduktion haben vom August bis Oktober sogar über das saisonübliche Maß zugenommen.

Bei der Großindustrie läßt sich gleichfalls noch nicht von einem Tendenzumschwung sprechen. Zunächst ist die eingetretene Besserung der Beschäftigung nur auf die Abwicklung der letzten großen Aufträge und die zusätzlichen Reichsbahnbestellungen zurückzuführen. Das Institut ist der Meinung, daß durch das Anstehen

lungsprogramm und die Vermeidung der Steuerungsprogramme Faktoren gegeben sind, welche die Eisenindustrie frühzeitiger anregen könnten, als es bei normalem Konjunkturverlauf zu erwarten wäre. Allerdings verheißt der Bericht nicht, daß das nötige Daniederliegen der Investitionstätigkeit einen Produktionsrückgang bei den Walzwerken möglich erscheinen läßt. Die Lage der Maschinenindustrie war im dritten Quartal stabil geblieben. Seit Juni hat sich die Belegschaft nicht mehr vermindert. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit war vom Januar bis September auf 40 gegen 37,7 Stunden gestiegen. Man kann annehmen, daß

die Maschineninvestitionen schon seit länger als einem Jahre nicht mehr den laufenden Erfordernis der Wirtschaft gedeckt

haben. Der Export hat sich im dritten Quartal in erster Linie durch die Fertigstellung der Russenaufträge verschlechtert. Wie die letzten Monatsberichte des Maschinenbaues darlegten, hat die geplante Papensche Kontingentspolitik darüber hinaus noch weitere Exportmöglichkeiten verschlagen.

Der nahezu völlig abgeforderte Baumarkt hat sich im Hochbau vom Sommer bis Mitte Oktober auf gleichem Stand gehalten. Planungen und Inangriffnahme von Wohnungsbauten sind im

August und September erstmalig wieder über den Vorjahrsstand gestiegen. Allerdings standen die Vergleichsmonate 1931 unter dem Druck der Kreditkrise. Der Tiefbau fand durch Arbeitsbeschaffung eine gewisse Stütze. In der Textilindustrie hat sich eine fühlbare Belebung durchgesetzt — Vollbeschäftigte erhöhten sich seit dem Frühjahr von 53 auf 60,1 Proz. der organisierten Facharbeiter und die Ausnutzung der Anlagen von 46 auf 54 Proz. — aber

Anregungen aus einer Verbrauchssteigerung des letzten Konjunkturmonats

sind zunächst nicht zu erwarten. Das Masseneinkommen, das den Wertumsatz des Textil-einzelhandels begrenzt, hat sich konjunkturell im dritten Quartal dieses Jahres noch etwas vermindert.

Hier ist der springende Punkt bei der Beurteilung eines Konjunkturumschwungs. Mag das Papen-Programm mit seinen Milliarden-Steuer-geschenken an die Unternehmer auch eine tatsächliche Belebung der Produktion mit sich bringen, so muß diese zaghafte Flamme einer Wirtschaftsbesserung sehr schnell wieder verlöschen, weil der Lohn- und sozialpolitische Raubzug der verflochtenen Baronsregierung die schon durch die Krise zerrüttete Massenkaufkraft zerschlagen hat.

daß die rumänische Produktion in kurzer Frist von täglich 17.000 auf 24.000 Tonnen, um mehr als 40 Proz. erhöht wurde. Die „Befriedung des europäischen Marktes“ (lies: die hohen Preise auf dem europäischen Markt) war dadurch wieder bedroht.

Dabei ist sehr interessant, daß die großen rumänischen Produzenten, deren Kapital im Besitz der amerikanischen und holländisch-englischen Weltfirmen ist, ihre Förderung keineswegs weniger als die kleinen, unabhängigen rumänischen Firmen erhöhten. Jetzt wird die Förderung auf täglich 17.500 Tonnen gedrosselt. Das Weltmarkt ist damit vollständig, und die Gefahr, daß die hohen Preise durch ein starkes rumänisches Angebot gemorfen würden, wieder einmal gebannt, wenigstens vorläufig. Die Autofahrer Europas werden es zu spüren bekommen!

Die Filialsteuer Neue Austrittsdrohung

In der in diesen Tagen abgehaltenen Mitgliederversammlung des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels hat der Geschäftsführer Dr. Deite die Erklärung abgegeben, daß, wenn der bekannte Steuerantrag gegen Warenhäuser und Filialgeschäfte in der vom Reichsverband Deutscher Schuhgeschäfte geforderten Form von der nächsten Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft in vollem Umfange akzeptiert werde, der Reichsbund vor der Frage stehe, ob er nicht aus dieser Tatsache auch für sich die Konsequenzen ziehen müßte. Die im Reichsbund organisierten Verbände und zahlreichen Mitglieder halten eine Ausnahmebesteuerung im Einzelhandel für bedenklich und für die organisatorische Zusammenfassung des deutschen Einzelhandels für gefährlich.

Ueber „Finanzpolitik des Reiches“ spricht der geschäftsführende Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk am Dienstag, 29. November, 20.30 Uhr, im Schinkelsaal der Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6, in öffentlichem Vortrag.

Dr. Posse im Völkerverbund. Der Völkerverbund hat den Ministerialdirektor Dr. Posse vom Reichswirtschaftsministerium zum Mitglied des Wahlfahrtskomitees des Völkerverbundes gewählt. Dr. Posse erhebt den als Staatssekretär aus dem Reichswirtschaftsministerium ausgeschiedenen Dr. Trendelenburg, der Untergeneralsekretär im Völkerverbund geworden ist.

Arbeitslose Reichsbank Aber wieder Devisenzugänge

Reichsbankpräsident Dr. Luther hat auf der Tagung des Langnamereins selbst darauf hingewiesen, daß die Reichsbank vergeblich Kredite für die Wirtschaftsbelebung bereit halte. Der Reichsbankausweis vom 23. November ist ein neuer Beweis dafür, daß von einer fühlbaren Wirtschaftsbelebung noch nicht gesprochen werden kann.

Die Handelswechsel sind wieder um 100,9 auf 2529,2 Millionen zurückgegangen, die Reichsbankwechsel um 21,0 auf 6,5 und die Lombarddarlehen von 9,3 auf 86,0 Millionen gesunken, womit sich für die dritte Novemberwoche bereits eine Entlastung der Reichsbank ergibt, die um 70 Millionen größer ist als die Anspruchnahme zum Oktoberende. Der Rotenlauf hat nach einem Rückgang um 107,3 auf 3306,3 Millionen einen neuen Tiefstand erreicht. Die große Flüssigkeit des Geldmarktes zeigt sich in der Vermehrung der zinslos bei der Reichsbank gehaltenen fremden Gelder um 71,4 auf 429,1 Millionen Mark.

Die Devisenbilanz hat sich gegenüber der ungünstigen Vorwoche wieder verbessert. Die Goldbestände nahmen um 6,5 auf 818,6 Millionen ab, die Deckungsdevisen dagegen aber um 10,3 auf 114,9 Millionen zu, so daß sich die Rotendeckung durch Gold und Devisen gegenüber der Vorwoche von 27,2 auf 28,2 Proz. erhöhen konnte.

Englische Absperrungspolitik

Die Vertreter der englischen Chemie-Industrie haben bei der Regierung eine Verlängerung des Farbstoffgesetzes, das Ende Dezember dieses Jahres abläuft, verlangt. Dieses Farbstoffgesetz hatte sich praktisch in einem Einfuhrverbot für ausländische Farbstoffe ausgewirkt. Die Interessenten verlangen eine Geltungsdauer des Gesetzes auf weitere drei bis fünf Jahre. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß das Farbstoffgesetz keinen Zweck, durch Verhinderung der Einfuhr eine eigene chemische Industrie großzu-

ziehen, erfüllt habe. Jetzt gelte es, die hochgekommene Industrie vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. — Man darf darauf gespannt sein, wie sich die englische Textilindustrie, die als Hauptabnehmer für Farbstoffe schon seit Jahren gegen die überwerteten englischen Preise protestiert hat, sich zu diesem Antrag der Chemie-Industrie stellt.

Die Banken im Oktober Wieder kleineres Bankgeschäft

Wer die Septemberbilanzen der deutschen Banken mit ihrer leichten Vermehrung der fremden Gelder und gewährten Kredite als Beweis für die Wirtschaftsbelebung in Anspruch nahm, muß durch die Bilanzen zum 31. Oktober enttäuscht werden. Sowohl die den Banken überlassenen Gelder als auch die von den Banken gewährten Kredite sind wieder zurückgegangen.

Bei den Berliner Großbanken sank die Gesamtsumme der Kreditoren um 38 auf 7401, bei sämtlichen Kreditbanken um 31 auf 9072 Millionen Mark. Die laufend gewährten Kredite sind bei den Großbanken um 17 auf 4614, bei sämtlichen Banken um 26 auf 5650 Millionen Mark gesunken. Die Wechselbestände haben sich bei den Großbanken wie bei sämtlichen Banken um 17 bzw. 14 Millionen nur durch die Aufnahme von Schahanweisungen etwas erhöht. Die Vorräte auf lagernde und schwimmende Waren — Finanzierung des Imports — sind bei den Großbanken um 20 auf 1058, bei sämtlichen Banken um 4 auf 1171 Millionen Mark zurückgegangen.

Die gebesserte Lage bei den Sparkassen zeigt sich in den Bilanzen der Girozentralen. Die fremden Gelder der Girozentralen sind ziemlich stark, nämlich um 61 auf 1928 Millionen gestiegen. Auf der anderen Seite konnten der Geldbeschaffung dienende Aktepte um 29 auf 343 Millionen und die für Stützungswechsel eingegangenen Indossamentverpflichtungen sogar um 123 auf 1440 Millionen verringert werden.

Oelmonopol vollständig Die Rumänen treten bei

Der Druck der großen Erdölproduzenten (Shell, Standard Oil, Anglo-Persian usw.), die sich im September zu einem Weltkartell zusammengehangen haben, hat die rumänischen Produzenten endlich so weit gebracht, daß die Bildung eines rumänischen Inlandkartells und eines Exportkartells mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Die kartellierte rumänische Erdölindustrie wird dem Weltkartell mit Wirkung ab 1. Januar 1933 beitreten.

Diese Kartellierung bedeutet zugleich eine empfindliche Drosselung der rumänischen Erdölproduktion. Die Preiserhöhungen des Kartells in Europa hatten nämlich dazu geführt,

Mehr Massenkaufkraft!

Der Reichsverband der Industrie über Agrarpolitik und Regierungskrise

Seit dem Kampf um die Kontingente herrscht Fehde zwischen Unternehmern und Agrariern. Der Reichsverband der deutschen Industrie sucht ebenso wie die Schwerindustrie den Agrariern vernünftig zuzureden. Das kam in einem Vortrag zum Ausdruck, den in einer Vorstandssitzung des Reichsverbandes nach einem von Dr. Posse gegebenen Ueberblick über die handelspolitische Lage Dr. Pietrowski über „Industrie und Landwirtschaft“ hielt.

Die Industrie sei wie die Landwirtschaft von der Kaufkraft der breiten Massen abhängig. (Wächst die Einsicht bei den Unternehmern? D. Red.) Es sei unmöglich, über die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr die Rentabilität der Landwirtschaft zu steigern. Bei nach oben veränderten Preisen, wie sie die Landwirtschaft durch die Kontingentierung wolle, ergebe sich eine erhebliche Schrumpfung des Abjages auch der Veredelungsprodukte. Eine wesentliche Besserung der landwirtschaftlichen Erträge sei nur von einer

Senkung der Selbstkosten, besonders der Betriebskosten, von einer besseren Ausnutzung der Marktmöglichkeiten, in einer anderen Verteilung der Spanne zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis zu erwarten. Das Vorstandsmitglied Dr. Kofl warnte vor allen kreditpolitischen Experimenten, die Währung und Wirtschaft in gleicher Weise gefährden.

Bemerkenswert sind die Feststellungen zur Regierungskrise im Reich. Hinsichtlich der innerpolitischen Lage sprach sich das Präsidium — in betonter Unabhängigkeit von irgendwelchen parteipolitischen Gesichtspunkten — einmütig dafür aus, daß es für die Erhaltung und Stärkung der wirtschaftsbedingenden Momente entscheidend darauf ankomme, die gegenwärtige Unsicherheit durch ein stabiles Regierungsfundament zu ersehen. Die Konsolidierung der politischen Verhältnisse sei vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft dringend geboten und sie könne nicht schnell genug herbeigeführt werden.

Städt. Theater
Sonnabend, den 26. November
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Bohème
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Was ihr wollt

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erlaubt.
Birkmeyer und sein Wiener Ballett
3 Arconas, 2 Burley's
Hans Kollischer, 10 Brox,
Yra & Ottare usw.
Sonnabend und Sonntag auch nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Sonnabend, 26. Nov.
20 Uhr
Turnus II
Der Troubadour
Friedrich, Thorborg, Reinmar, Seider, G., Zador, Pechner, Dir. Fritz Sledzy

Will Scharfers
Kabarett für Alle
4 Uhr Täglich 2 - 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1-3 Mk.
Nachm. Gedek 1,25
Jeden Sonnabend 11 1/2 Uhr: Nachvorstellung

Deutsches Theater
Weidend. 5201
Letzte Vorstellungen
Täglich 8 Uhr
und Sonntag 4 U.
Prinz Friedrich von Homburg
Inszenierung: Max Reinhardt
Kammerspiele
Täglich 8 Uhr
Michael Kramer
von Gerhart Hauptmann
Klopper, Melzer, Triesch, v. Platen, Kälser, Liebeneiner

Schiller
Bismarckstr. (Kale) Steimpl. (C1) 6713
8 1/2 Uhr
Robert und Bertram
Alfred Braun, Paul Heldemann, Senta Sömeland
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr
Robert und Bertram
Preis 0,40 bis 2,00
Theater

SCALA
Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr
BUSTER WEST
Der komischste Theater der Welt
CONCELLOS
Die Könige d. Luft
MAX ADALBERG
FR. GRÜNBAUM
OSW.

VOLKSBUHNE
Theater am Bülowplatz
O 1, Norden 2944. Täglich 8 1/2 Uhr
FANNY
von Marcel Pagnol
Regie: Heinz Hilpert
Dorsch, Tiedtke, Valenti, Sledel.
Sonntag 3 Uhr. Die Ratten
In Premierenbesetzung.

Theater im Admiralspasi
Merkur 9901
Täglich 8 1/2 Uhr
Hans Albers Liliom

Stettiner Sängerkreis
Reichshallen-Theater
8.15 Sonntag 3.30
zu ermäßigten Preisen.
Melodie des Glücks
und das November-Programm

Rose-Theater
Gröbe Frankfurter Straße 131
Tel. Weidau 1 342
5 Uhr
Frau Holle
8.15 Uhr
Der Zigeunerbaron
11.30 Uhr
Die ungekübte Eva

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Sriji
Maffary
Eise Frau, die weiß, was sie will!
Sonntag 3 Uhr
Walzertraum

PLAZA
Alle Jahn, Bf.
1 u. 8 1/2, 11, 2, 5, 8 1/2 U.
17 Weidau 4031
Die Bajadere

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr
DER STUDENTENPRINZ
Sonnt. nachm. 3 Uhr bill. Preise

Theater des Westens
Steimpl. 5121
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Sonnenanbeter
Katharina
Sonntag 1 1/2
Fürsterchristel

Haus Vaterland
Kaufmann
Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

B. B. B.
Bendows Baute Böhne
Kottbuser Straße 6
Oberbaum 3066
früher „Lille-Sänger“
„Hier können Familien
Kaffee kochen“
Tg. 2 1/2 U. Jeat. nachm. 2 1/2
Preise von 50 Pf. an

Original - Befema
Patentmatratzen / Ruhebetten
Couchs mit Befema-Federung
Patent-Drehbett (D.R.P.) ein Griff!
ein Bett, sowie das neue Holzbett mit
Befema-Federung sind vollkommen
gesundheitlich — Kein Einlegen. Für
schwerste Belastung. Überall erhältlich
20 Jahre Garantie.
Berl. Federmatratzen-Fabrik, Köpenickerstr. 31

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts